Morgen-Ausgabe.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank".

Nr. 49.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 21. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

v. H. Neue Parteien.

Da ein gouvernementales Provinzialblatt sich vor einigen Tagen direkt an meine Adresse gewandt hat, so will ihm Schreiber dieses ein für alle Mal erklären, daß er auf jede Polemik mit ihm verzichtet. Wir sind zwar unbescheiden genug, uns für ein amüsantes Kriegsspiel dieser Art einige Fähigkeiten zuzutrauen, meinen aber, daß ein großer Theil der Leser sich dabei benachtheiligt, vielleicht auch gelangweilt finden würde. Wir haben aber Besseres zu thun und glauben uns einiges Verdienst zu erwerben, daß wir in diesen Blättern bei den von uns berührten Fragen den liberalen Standpunkt korrekt aufrecht erhalten. Den Tadel jenes offiziösen Organs fürchten wir in keiner Weise, eher sein Lob, und sind alle Mal unangenehm berührt, wenn wir annehmen, daß einer oder der andere unserer „naiven" Gedanken in seinen Spalten Aufnahme gefunden hat, was nämlich nicht unter unserer, sondern unter fremder Firma zu geschehen pflegt. Das ist unser erstes und letztes Wort, und wie ernst wir es mit demselben meinen, mag daraus erhellen, daß wir einen Artikel „über die religiöse Frage" für einige Zeit zurücklegen wollen, obgleich derselbe mit unserem letzten Artikel „die deutsche Sozialdemokratie in fremder Beleuchtung" in enger Verbindung steht; es soll auch der Schein einer unmittelbaren Entgegnung vermieden werden. Gehen wir nach dieser abgezwungenen Erklärung zu dem vorgeschriebenen Thema über.

Der Ruf nach neuen Parteibildungen wird im ganzen deutschen Vaterlande lebhaft empfunden und ebenso lebhaft besprochen, doch will das, was vielerseits als nothwendig erkannt ist, nicht von der Stelle rücken, es ist sogar seit vorigem Sommer die energisch hervorgetretene Bewegung merklich zurückgegangen. Und doch finden sich alle Parteien in höchst unleidlicher Lage. Die Konservativen sind seit der großen Deroute von 1873 sehr hoch emporgetragen, aber, wie es uns scheint, gespaltener und zerrissener denn je, und nur durch die taktische Nothwendigkeit verbunden, mit einer kompakten Masse den anderen Parteien ein wenig imponiren zu müssen. Die nächste Folge davon war, daß der erste Präsident des Abgeordnetenhauses aus ihrer Mitte genommen wurde, die zweite aber, daß sie heute das Zentrum, morgen die Nationalliberalen sich zugesellen müssen, um eine offenbar wenig bedeutsame Majorität etabliren zu können, ein Umstand, den sogar der Minister des Innern lebhaft beklagte. Die Nationalliberalen sind, man mag sagen, was man will, in einen rechten und einen linken Flügel getheilt, und wenn auch der rechte Flügel durch das Uebergewicht der Hannoveraner und die Nichtwiederwahl Lasker's zur Zeit in der Fraktion den Ton angiebt, so scheint das doch noch nicht zur Stärkung der Partei außerhalb des Landtages beizutragen. Alle Welt hofft, daß die gegenwärtige nicht sehr charakterfeste Haltung, vermöge deren man, wie der bekannte Muthige, gern einen Schritt zurückweicht, ein Ende nehme, daß nun die Zeit der Kompromisse vorübergehen möge, da nichts Positives mehr geschaffen wird und in der Vertheidigung nicht hinter, sondern vor der Schanze der Platz behauptet werden muß. Man sehnt sich nach der Eröffnung des Reichstags, weil man für denselben Vorlagen erwartet, die zur Hebung der Unsicherheit, wenn auch durch Scheidung, führen werden und das um so mehr, als die bedeutende Position, welche der Liberalismus in der Frage der Verwaltungsreform gewinnen könnte, leider verloren zu sein scheint, wenn wir auch noch die Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß das Gesetz fürs Erste nicht zu Stande kommt.

Die Fortschrittspartei ist, in der Kammer wenigstens, der Zahl nach von zu geringer Bedeutung, als daß sie durch wirkliche Erfolge glänzen könnte: sie ist auf die Rolle der Kassandra zurückgewiesen, die das drohende Geschick nicht wenden kann. Noch beklagenswerther will uns das Zentrum erscheinen, welches durch Furcht und Hoffnung gebannt ist. Wie auch die Würfel zwischen Rom und Berlin fallen mögen, und daß sie bald fallen, dafür scheint der Vorgang in der Schweiz ein kleines Vorspiel zu sein, das Zentrum wird es sich immer sagen müssen, daß es durch seinen unbegründeten Haß gegen den Liberalismus und seine unkluge Liebäugelei mit dem orthodoxen Protestantismus weder die politische noch die kirchliche Freiheit gefördert haben wird. „Wilde" und süddeutsche Demokraten endlich sind als seltene Schwimmer in der Wogen Brandung für unsere heutigen politischen Kämpfe bedeutungslos, wie tüchtig einzelne Männer unter ihnen auch sein mögen, und wie hoch auch das Ansehen gewesen, dessen sie sich ehedem erfreuten.

So sieht es im Abgeordnetenhause aus, tröstlicher nicht im Mindesten auch in den Provinzen. Gleichgiltigkeit und Lethargie auf der einen Seite, Haschen nach den Zielpunkten vermeintlicher Interessen auf der andern, bilden aus den Wählern eine durcheinandergeworfene, nicht selten ganz rathlose Masse, welche die wundersamsten Experimente mit sich ausführen läßt. Und dennoch will es uns scheinen, als wenn neues Leben und neue Energie in den Provinzen oder vielmehr in den einzelnen Wahlkörpern erstehen müßte und einzig und allein hier erstehen könnte. Eine zweifache Gefahr schwebt über unsern Häuptern. Die eine besteht in einer Revision der Verfassung dahin, daß der Land- und Reichstag nur alle zwei Jahr berufen werden soll, die andere darin, daß in Folge des Verfassungsausbaues organische Gesetze erlassen sind und noch fernerhin erlassen werden sollen, die den Schwerpunkt der Verfassungsinterpretation nicht in die verfassungsfreundlichsten Elemente der Bevölkerungskreise legen und uns somit wieder Jahrzehnte lange Kämpfe aufnöthigen, um breitere Grundlagen dafür zu gewinnen. Es war ein verhängnißvoller Irrthum Laskers, daß er selbst um diesen Preis die neue Kreisordnung genehmigte und er selbst wird wohl heute die Ansicht gewonnen haben, daß es nicht wohlgethan war, die neue Institution in aristokratische oder ständische Hände zu legen.

Wenn Richter der Meinung ist, daß nur ein festes Programm eine feste Parteiorganisation ermöglichen könne, und wenn er ferner die Ansicht ausspricht, daß der fortschrittliche Parteitag ein solches in ausreichender Weise gegeben habe, so mag er damit nicht ganz Unrecht haben, allein das Fortschrittsprogramm ist uns für den heutigen Tag zu umfassend, wir bedürfen nur des einen Punktes: Aufrechterhaltung der Verfassung nach Form und Inhalt und durch verfassungsfreundliche Organe und glauben, daß auf Grund desselben in allen Wahlkörpern eine Majorität sich bilden lassen dürfte, die mit dem gegenwärtigen Tage auch sofort ihre politische Arbeit beginnen könnte, und zunächst damit anfangen müßte, in zahlreichen Petitionen an das Abgeordnetenhaus und an den Reichstag dahin sich zu resolviren, daß die oben genannten Punkte ganz und voll in ihrer Willensmeinung begründet lägen. Streiten wir uns doch nicht mehr in unsern Wahlvereinen um veraltete Formeln und Namen, stellen wir konkrete Fragen in den Vordergrund und fassen wir für dieselben entscheidende und massenhaft unterzeichnete Resolutionen zur Stärkung unserer Freunde in den Kammern, damit der Wille des Landes klar und unzweideutig hervortrete. Wir geben kein neues Mittel an, aber ein in schlimmen Situationen schon oft bewährtes, was schon mehr als einmal von verhängnißvollen Schritten zurückgerufen hat. Wir wollen nur an ein ähnliches Vorgehen im Lande Baiern erinnern, welches bekanntlich mit dem Rufe des Königs Max endigte: „Ich will Ruhe haben mit meinem Volke."

St. C. Steuerherabsetzungen in Frankreich.

Unsere westlichen Nachbarn haben trotz mangelhafter Ernte und mangelhaften Ganges der Geschäfte so große Staatseinnahmen, daß sie ernstlich mit bedeutenden Steuerermäßigungen umgehen.

Eine außerparlamentarische Kommission, im Dezember v. J. zusammenberufen, um über die Herabsetzung der Zuckersteuer zu berathen, hat einstimmig beschlossen:

1. sofortige und weitgehende Herabsetzung der Steuer von rund 70 Fr. pro 100 K. auf 30 Fr., so daß der Konsument von der Steuerreduktion wirklichen Vortheil genieße, und damit andererseits der für den Staatsschatz entstehende Verlust theilweise durch größeren, bis 10—15 K. pro Kopf steigenden Consum ersetzt werde;

2. unbedingt nothwendige Beibringung eines Verzeichnisses von denjenigen Industriellen und Handeltreibenden, welche Zucker auf Lager und noch die frühere Steuer bezahlt haben, und loyale Entschädigung derselben, ohne welche es keine Sicherheit für den Handel geben würde;

3. Umgestaltung der Gesetzgebung, die um so leichter durchzuführen ist, je mehr die Steuer herabgesetzt wird.

Die Steuer von 100 K. Zucker betrug 1860—1861: 33, 1862 bis 1863: 45, 1864—1870: 47, 1871—1872: 61, 1873: 70½, 1874—1878: 73,32 Franks.

Der Zuckerkonsum Frankreichs, welches den Zucker am höchsten besteuert, verhielt sich zu demjenigen Englands, des einzigen europäischen Staats, in dem keine Zuckersteuer mehr erhoben wird, im Jahre 1860 wie 1 zu 2; gegenwärtig aber ist dieses Verhältniß wie 1 zu 4. Englands Konsum hat sich in Folge der allmäligen Herabsetzung der Zuckersteuer in noch nicht 20 Jahren verdoppelt; während dieser Zeit betrug die Steuer von 100 K. Zucker 1860—1863: 45$\frac{1}{4}$, 1864 bis 1866: 31½, 1867—1869: 29$\frac{5}{8}$, 1870—1872: 14$\frac{7}{8}$, 1873: 7$\frac{3}{8}$ Fr., seit Mai 1874 ist sie abgeschafft.

Die gesammte Zuckerproduktion Frankreichs betrug in der Campagne 1860/61 100,000 Tonnen, dieselbe stieg in der Campagne 1878/79 auf 420,000 Tonnen, hat sich also mehr als vervierfacht, während der Konsum von etwas über 200,000 Tonnen im Jahre 1860 nur auf ca. 260,000 Tonnen im Jahre 1878 gestiegen ist. Die Zuckerproduktion ganz Europa's stieg von ungefähr 400,000 Tonnen in der Campagne 1860/61 auf 1,500,000 Tonnen in der Campagne 1878/79; der Konsum Englands hob sich von 450,000 Tonnen im Jahre 1860 auf 950,000 Tonnen im Jahre 1878. In England, woselbst man den Zuckerverbrauch als wesentlich für das Wohlbefinden des Volkes ansieht und ihn deshalb von allen Fesseln befreit hat, kamen im Jahre 1878 fast 30 kg. Zucker auf den Kopf der Bevölkerung, in Frankreich, wo er dagegen als besonders günstiges Besteuerungsobjekt gilt, nur 8 kg.

Während die Herabsetzung der Zuckersteuer ernstlich angestrebt wird, sind den Steuerzahlern andere Erleichterungen schon zu Gute gekommen, hierzu gehört die Verminderung der Wagen- und Pferdesteuer.

Nach dem Gesetze vom 22. Dezember v. J. beträgt die Steuer seit 1. Januar 1880

in Gemeinden:		auf Wagen mit 4 Rädern	2 Rädern	auf Reit- oder Wagenpferde.
Paris	Frks.	60	40	25
mit über 40,000 Einwohnern	=	50	25	20
= 20,001—40,000 =	=	40	20	15
= 10,001—20,000 =	=	30	15	12
= 5,001—10,000 =	=	25	10	10
= höchstens 5,000 =	=	10	5	5

Maulthiere zum Reiten und zum Ziehen steuerpflichtiger Wagen werden von dieser Steuer ganz wie Pferde betroffen. Nur die Hälfte des Steuersatzes braucht von solchen Pferden und Wagen bezahlt zu werden, welche gewöhnlich dem Ackerbau oder einem steuerpflichtigen Gewerbe dienen.

Statt 11,236,400 Frks., welche das Budget für 1879 als Eingang auf die Pferde- und Wagensteuer veranschlagte, enthält die neue nur 9,636,700 Frks.

Andere Ermäßigungen bestehen in der Herabsetzung der Gewerbesteuer (contribution des patentes) von 120,030,080 auf 99,891,100 Frks. und in der am 1. Oktober d. J. stattfindenden Aufhebung der auf der Binnenschifffahrt ruhenden Steuer mit 1 Mill. Frks. für das Vierteljahr.

Deutschland.

☾ **Berlin,** 19. Januar. [Das Reichsgesundheitsamt. Das Projekt einer „Wehrsteuer".] Obgleich offiziös bestritten wird, daß die Räthe des Reichsgesundheitsamts ihre Entlassung verlangt haben und es mit diesem Dementi wohl seine Richtigkeit haben wird, ist doch zweifellos, daß in der genannten Reichsbehörde und zwar keineswegs erst seit Kurzem, sondern eigentlich seit ihrer Begründung, tiefgehende Differenzen bestehen. Es lag dies von Anfang her an der Besetzung der Direktorstelle. Bekanntlich hatte Fürst Bismarck dazu seinen erprobten Hausarzt gewählt, ohne Zweifel in der Ueberzeugung, hiermit auch für die Aufgaben des Reichsgesundheitsamts einen guten Griff zu thun: man weiß ja, wie entscheidend für die Beurtheilung der Fähigkeiten gerade eines Arztes das persönliche Vertrauen ist, welches man zu demselben hat. Aber ein wie tüchtiger Praktiker Herr Dr. Struck auch sein mag, so war doch von Anfang an nicht zu verheimlichen, daß er keine wissenschaftliche Kapazität ist, und von einer besonderen Befähigung desselben für die Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete des Sanitätswesens war auch nichts bekannt. Dagegen sind die Räthe des Reichsgesundheitsamts auf ihren Spezialfeldern hervorragende Fachleute, so daß von Anfang an ein Mißverhältniß zwischen der Stellung und den berechtigten Ansprüchen einerseits des Chefs des Gesundheitsamts und andererseits der Mitglieder des letzteren vorhanden war. Möglicherweise wäre es auszugleichen gewesen, wenn für diese Reichsbehörde diejenige kollegialische Geschäftsbehandlung eingeführt worden wäre, welche für Aufgaben von wesentlich wissenschaftlicher Bedeutung die natürlichste scheint; analog dem in der gesammten Reichsregierung durchgeführten sogenannten bureaukratischen Prinzip aber wurde dasselbe auch im Reichsgesundheitsamt mehr und mehr maßgebend, während es offenbar viel schwieriger ist, eine wissenschaftliche Ueberzeugung derjenigen des Vorgesetzten unterzuordnen, als eine Ansicht über Fragen, wie sie in anderen Zweigen des Reichsdienstes zu entscheiden sind. Diese Lage der Dinge mehr, als die wiederholte, längere Abwesenheit des Direktors des Reichsgesundheitsamtes hat zu Mißhelligkeiten geführt, welche, wenn gegenwärtig auch dem offiziösen Dementi zufolge keine Entlassungsgesuche vorliegen, doch seit längerer Zeit die Wirksamkeit des Reichsgesundheitsamts beeinträchtigt, seine Leistungen auf ein Minimum reduzirt haben. — Bekanntlich werden im Hinblick auf die Reichstagssession wieder verschiedenartige Steuerprojekte in den Regierungskreisen erörtert. Wie es scheint, hat dies die Freunde der vor mehreren Jahren aufgetauchten Idee einer Wehrsteuer veranlaßt, auch diesen Gedanken wieder in den Vordergrund zu schieben; wenigstens wird er von Neuem in gewissen, der Regierung nahestehenden Kreisen diskutirt. Das Projekt ist ursprünglich aus der Schweiz bei uns importirt worden, wobei man jedoch übersah, daß zwischen den schweizerischen und unseren Verhältnissen ein bedeutender Unterschied ist, der gerade für die Möglichkeit einer Wehrsteuer entscheidend ins Gewicht fällt. Die Schweiz kann bei ihrer kurzen Milizdienstzeit ohne allzugroße finanzielle Opfer jeden Diensttauglichen einstellen und ausexerzieren; bei uns dagegen wird bekanntlich aus finanziellen Rücksichten ein nicht unerheblicher Theil auch der diensttauglichen Militärpflichtigen nicht eingezogen, sondern theils zur Ersatzreserve erster Klasse gestellt, theils wird unter den im Allgemeinen Diensttauglichen eine so strenge Auswahl getroffen, wie sie nicht stattfinden würde, wenn die Einstellung einer größeren Anzahl Dienstpflichtiger möglich wäre. Nun kann man es zwar wohl prinzipiell rechtfertigen, eine Wehrsteuer, wie es in der Schweiz geschieht, demjenigen aufzuerlegen, welcher dienstuntauglich, aber im Stande ist, als Ersatz des persönlichen Militärdienstes eine Geldzahlung zu leisten; dagegen ist es unerfindlich, wie man zu der letzteren Denjenigen heranziehen will, welcher diensttauglich und vollkommen bereit ist, der persönlichen Militärpflicht zu genügen, aber durch eine, immerhin einigermaßen willkürliche Entscheidung der Ersatzbehörde in die Reihe derer verwiesen wird, welche aus finanziellen Gründen uneingezogen bleiben. Ueber diesen Einwand scheint man auch in der gegenwärtigen Erörterung des Wehrsteuerprojekts da, wo man sich mit ihr beschäftigt, nicht hinwegzukommen. In der That ist derselbe schwerwiegend und namentlich maßgebender, als die mehr abstrakte Befürchtung, welche auch geltend gemacht wird, daß nämlich jede Zulassung einer Geldzahlung als Aequivalent für die persönliche Dienstleistung der

erste Schritt auf einem Abwege sei, auf welchem man schließlich zum Stellvertretungssystem gelange. Der Gedanke, eine Wehrsteuer einzuführen, hat übrigens seine entschiedensten Freunde unter Denjenigen, welche keinesfalls einer Verkürzung der gesetzlichen dreijährigen Dienstzeit zustimmen wollen. Es ist das auch sehr natürlich, da die Nichteinstellung diensttauglicher Militärpflichtiger ebenso sehr der Gerechtigkeit, wie dem militärischen Interesse des Staates widerspricht, die Beseitigung dieses Uebelstandes aber, so lange an der jetzigen Dienstzeit festgehalten wird, an der finanziellen Unmöglichkeit scheitern muß. Durch eine Wehrsteuer hoffen die Freunde derselben einerseits die angeführte Ungerechtigkeit auszugleichen und andererseits die Einstellung einer größeren Anzahl diensttauglicher Militärpflichtiger, als jetzt, finanziell möglich zu machen. Aus den oben berührten Gründen dürfte man indeß jetzt so wenig, wie bei der früheren mehrfachen Anregung des Projekts, über ein solches hinauskommen.

+ **Berlin,** 19. Januar. [Der badische modus vivendi. Zum Nothstand in Oberschlesien. Aus der Kommission für die Verwaltungsgesetze.] In dem Augenbicke, da eine baldige Verständigung zwischen Preußen und der römischen Kurie zweifelhafter als seit langer Zeit erscheint, hat die badische Regierung einen Schritt gethan, welcher, wenn er zur vollen Verwirklichung gelangte, thatsächlich das Ende des dortigen zwanzigjährigen Kampfes gegen die unberechtigten Ansprüche der römischen Hierarchie bedeuten würde. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß dieser Schritt von den warmen Freunden, welche der badische Staat überall in Deutschland in so reicher Zahl besitzt, mit einem Ausdruck des Erstaunens begleitet werden wird. Nicht eigentlich wegen seines materiellen Inhalts. Es handelt sich, wie bekannt, um die Beseitigung der für die Kandidaten der Theologie vorgeschriebenen allgemeinwissenschaftlichen Prüfung. Nach dem betreffenden Gesetze von 1874 wurde von den Kandidaten die Ablegung eines Examens in den alten Sprachen, Philosophie, Geschichte und deutscher Literatur vor einer Staatsbehörde verlangt. Fortan sollen sie sich nur einem theologischen Fachexamen zu unterziehen haben; diesem soll aber ein Regierungskommissar beiwohnen mit dem Rechte, den Kandidaten zurückzuweisen, wenn er aus dem Verlaufe der Prüfung die Ueberzeugung von nicht genügender allgemeinwissenschaftlicher Bildung desselben erlangt hat. Der Unterschied fällt in die Augen. Der Staat kommt der Kirche bis an die äußerste Grenze entgegen, welche seine Würde und seine Pflicht noch möglich erscheinen lassen. Es wird sogar nicht an Solchen fehlen, welche dieser Wahrnehmung der Rechte des Staates jeden Werth abstreiten. In der That sieht man nicht recht, wie der staatliche Kommissar aus der reinen Fachprüfung in katholischer Theologie sich ein Bild von dem allgemeinen Bildungsstande des Examinanden machen, und noch weniger, wie er im Falle eines ungünstigen Ausfalls seiner Wahrnehmungen sein Zurückweisungsrecht der Kirchenbehörde gegenüber zur Geltung bringen soll. Seine Anwesenheit bei dem Examen ist entweder eine bloße Form, oder aber sie kann sehr leicht zu neuen Konflikten mit der Kirche führen. Immerhin jedoch bleibt dem Staate wenigstens für den Nothfall sein Recht gewahrt, und so könnte man getrost abwarten, wie sich die Dinge in der Praxis gestalten werden. Auf alle Fälle kann dem Staate kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er Angesichts des immer wachsenden Mangels an katholischen Seelsorgern in der Nachgiebigkeit so weit wie nur irgend möglich geht, und es würde unseres Erachtens der badischen Regierung auch weit besser gestanden haben, wenn sie diese Anerkennung für sich unumwunden verlangt hätte, als daß sie in der Begründung des Gesetzentwurfs den wenig glücklichen Versuch macht, jede materielle Abschwächung des Gesetzes von 1874, jeden Positionswechsel der Regierung zu leugnen. — Nicht der eigentliche Inhalt des beabsichtigten modus vivendi also, sagen wir, muß Erstaunen erregen, wohl aber die Art und Weise, wie er zu Stande gebracht wird. Die Regierung hat, wie sie erklärt, zuvor die Zustimmung der beiden Kirchenregierungen — in Wahrheit kommt es indeß dabei auf die evangelische gar nicht, sondern lediglich auf die katholische an — zu der Vorlage eingeholt. Diese Form ist zum mindesten ungewöhnlich; das Ganze gewinnt dadurch den Anschein eines Konkordates ad hoc, nicht eines Aktes der souveränen Staatsgesetzgebung. Indeß, sei's darum, daß man sich der Sicherheit wegen mit der Kurie zuvor verständigte. Was aber ist bei diesen Verhandlungen herausgekommen? Die erzbischöfliche Kurie hat bekanntlich den katholischen Theologen nicht allein die Ablegung jenes Staatsexamens, sondern auch die Nachsuchung des Dispenses von demselben ausdrücklich verboten. Man hätte erwarten sollen, daß die badische Regierung die Kurie in ihren Verhandlungen wenigstens zu einer vorgängigen Zurücknahme dieser herausfordernden Verhöhnung des Staates bestimmen würde. Wir zweifeln auch nicht, daß Anstrengungen in dieser Richtung gemacht worden sind. Aber ohne Erfolg. Da bestimmt nun Art. II. der Vorlage, daß denjenigen Theologen gegenüber, welche bereits das theologische Fachexamen gemacht, sich aber dem Staatsexamen nicht unterzogen haben, auf ihre Bitte von weiteren Anforderungen des Staates abgesehen werden soll. Und die Kurie hat, wie aus den Motiven zu entnehmen, gnädigst die Erlaubniß zu dieser Bitte in Aussicht gestellt, vorausgesetzt, daß Art. 1 über die Abschaffung des Staatsexamens vorher bewilligt ist! In der That, da begreift es sich, wenn ultramontane Blätter schon vor einiger Zeit das bevorstehende Abkommen als die Kapitulation des Staates bezeichneten. Wie Recht sie hätten, käme das Gesetz in dieser Weise zu Stande, bedarf keiner weiteren Ausführung. Die Vertretung des badischen Volkes aber wird es sich, denken wir, doch wohl noch zehnmal überlegen, ob der 20jährige Kampf einen solchen Ausgang finden soll! Ihr Verhalten ist ihr unseres Erachtens durch die Dinge klar vorgezeichnet. Sie kann nur erklären: „Auch wir sind bereit zu möglichst weitem Entgegenkommen in der vorliegenden Streitfrage, aber nur unter der Bedingung, daß vorher jene Verbote der Kurie zurückgezogen sind und dadurch das Staatsgesetz anerkannt ist.“ Dann wird es sich zeigen müssen, ob es der Kurie mit ihrer Friedenssehnsucht und ihrer Sorge für das Seelenheil des Volkes Ernst ist. — Die Auslassungen der Regierung, zumal des Finanzministers im Abgeordnetenhause über den oberschlesischen Nothstand haben uns gerade nicht den Eindruck gemacht, als brauche man sich um die Behandlung dieser schweren Wunde am Körper unseres Staats, nachdem das geforderte Geld bewilligt, nun weiter nicht zu kümmern. Im Gegentheil; die Pflicht, sich eingehend mit der Angelegenheit zu beschäftigen, beginnt jetzt eigentlich erst. Das dringende augenblickliche Bedürfniß zu stillen, ist nicht so schwierig, wenn die nöthigen Mittel angewiesen sind. Da wird höchstens der Fehler des Ministers Bitter zu korrigiren sein, der die Vorschüsse für Saatgut gewissermaßen im Voraus preisgab, als doch nicht wieder zu erlangen, und der überhaupt mehr an seine Rechnung dachte, als an den Einfluß unvorsichtiger Worte auf die durch Noth ohnehin geschwächte Bevölkerung oder auch an den Beifall der Konservativen und Klerikalen, indem er kühn dem Wucher den Garaus bereiten zu wollen unternahm. Wichtiger, ernster, schwieriger ist die Beseitigung der Ursachen des Elends, — die Hebung der chronischen Noth nach der akuten. Nach der gemachten Erfahrung kann man sie der Bureaukratie allein nicht überlassen. Wir machen ihr keinen Vorwurf daraus, aber sie ist allein der Aufgabe nicht gewachsen. Wir Alle müssen mehr oder weniger an der Austilgung dieses bösen Flecks auf Preußens Landkarte mitarbeiten. Es lassen sich dafür zwei Wege denken, entweder, daß die verjüngte, gekräftigte Provinz ihr schöpferisches Vermögen daran versucht; oder daß eine große Untersuchungskommission des Staats bis zum kommenden Herbste die Lage der nothleidenden Kreise an Ort und Stelle studire, über dieselbe so gründlich als umfassend berichte, und daran gegebenen Falls ihre praktischen Heilvorschläge knüpfe. Wenn die Schlesier schon so viel lebendiges Provinzialbewußtsein besitzen, daß sie sich die Ehre und Verantwortlichkeit dieses Vorgehens nicht nehmen lassen wollen, so wird man sie darin zunächst vermuthlich ungestört lassen. Sonst empföhle sich eine gemischte bureaukratisch-parlamentarische Kommission. Solche giebt es in der einen oder andern Form oder Hülle schon manche ständige: warum nicht auch einmal eine zeitweilige, wenn der Gegenstand danach ist? Auch auf die angedeuteten beiden Kategorien von Mitgliedern brauchte sich ja die Auswahl des Kaisers, dem man dieselbe gewiß allseitig anheimstellen wollen wird, nicht zu beschränken, sondern es könnte zugezogen werden, wer immer sich für Sachkunde, Interesse und Eifer genügendes Vertrauen erworben hat. Sollte weder die Staatsregierung auf diesen Gedanken kommen, noch der Landtag denselben geltend machen, so bliebe nichts übrig, als eine möglichst gründliche Vorbereitung der Parteien auf die bevorstehende Arbeit, die wohl kaum den zufälligen Konvenienzen der Einzelnen überlassen bleiben dürfte, sondern einen ausdrücklichen Beschluß und Auftrag zu einer stillen, mit der amtlichen Arbeit parallel gehenden Privatenquete erheischen möchte. — Die Kommission für die Verwaltungsgesetze hat heute Vormittag vor der Plenarsitzung beschlossen, heute Abend mit der Berathung des Gesetzes betreffend die Organisation der Landesverwaltung zu beginnen. In Verbindung damit sollen die dazu gehörigen Bestimmungen der anderen Entwürfe berathen werden. Zum Referenten für das Organisationsgesetz ist der Abg. Gneist bestellt.

— [Zur Abreise des Kronprinzen nach Pegli.] Die anfängliche Absicht des Kronprinzen, bereits am 23. d. M. nach Pegli abzureisen, ist aufgegeben und es dürfte sich die Abreise bis zum 28. d. M. verzögern, da der Kronprinz am 27., dem 22. Geburtstage seines ältesten Sohnes, des Prinzen Wilhelm, in Berlin anwesend sein möchte. Es sei hierbei erwähnt, daß allerdings, wenn auch nur vorübergehend, daran gedacht worden war, daß Prinz Wilhelm seinen Vater nach Italien begleiten sollte.

♁ [Der Kronprinz und die Judenhetze.] Se. kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat, wie man uns mittheilt, an den Pastor Gruber in Reichenberg i. Schl., den Verfasser der im Verlage des Buchhändlers Casimir Schilder, Firma Heege u. Güntzel, erschienenen Schrift „Christ und Israelit“, folgendes sehr bemerkenswerthe Schreiben gerichtet:

„Sie haben Mich durch Ueberreichung Ihrer Schrift „Christ und Israelit“ aufrichtig erfreut und zu besonderem Danke verpflichtet. Ich gebe Mich gern der Hoffnung hin, daß Ihr Wort des Friedens in weite Kreise dringen und die verdiente Anerkennung finden möge. Berlin, den 16. Januar 1880. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.“

Nach dieser neuesten Kundgebung dürfte es wohl nicht mehr zweifelhaft sein, wie man in allerhöchsten Kreisen über das Treiben der Herren Stöcker und Genossen denkt.

— [Bei dem diesjährigen Ordensfeste] wurden ungefähr 1200 Personen dekorirt, und zwar 683 Ritter und über 500 Inhaber, jene innerhalb der verschiedenen Rangklassen des rothen Adler-, des Kronen- und des königlichen Hausordens von Hohenzollern, diese mit dem Kreuze oder dem Adler der Inhaber des letzteren Ordens oder mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen. Von den 683 neu dekorirten Rittern gehören 190 dem Militärstande und der Marine als Offiziere, Aerzte oder Militärbeamte an, 493 Personen dem Zivil-, zumeist dem Beamtenstande. Im Verhältnisse auffallend zahlreich sind Marine-Offiziere und Reichsbeamte vertreten. Den rothen Adlerorden erhielten 523 Ritter, und zwar 120 vom Militär-, 403 vom Zivilstande; es wurden verliehen ein Großkreuz an den Burggrafen zu Dohna-Schlobitten, Landhofmeister im Königreich Preußen, 2 rothe Adlerorden erster, 30 zweiter, 108 dritter und 382 vierter Klasse. Von königlichen Kronenorden wurden verliehen 156 Dekorationen, 70 an Militärs, 86 an Ritter vom Zivilstande, und zwar 3 erster, 19 zweiter, 46 dritter und 88 vierter Klasse. Vier Personen wurden zu Rittern des Kreuzes bezw. der Adler des königlichen Hausordens von Hohenzollern ernannt.

— [Zur Abwickelung der Landtags-Vorlagen.] Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, ist von sehr einflußreicher Stelle die Forderung ausgesprochen, daß unter den Landtags-

Das Krönungs- und Ordensfest.

Bei prächtigstem Wetter wurde am Sonntag, 18. Januar, der Jahrestag der Erhebung des Kurfürstenthums Brandenburg zum Königreich Preußen gefeiert. Wir entnehmen der „Post“ die nachfolgende ausführliche Schilderung:

Vom Palais bis zum Schlosse hatte das Publikum ein Spalier gezogen, es gab viel zu sehen, der Hof, die Botschafter, die großen Hofchargen fuhren in Galawagen und großen Livreen ihrer Dienerschaft auf. Oben im Schlosse, d. h. in den Festräumen desselben, war von Morgens 9 Uhr Alles in Bewegung. Die Posten der Krongarde und der Gardes du Korps nahmen ihre Stellungen ein. Die Lakaien, die Hausoffizianten in Galalivree begaben sich an ihre Funktionen — die Beamten des Hofes überwachten die Ausführung aller befohlenen Anordnungen. Die ersten Einladungen lauteten auf 9½ Uhr; sie kamen denen zu, welche zur Empfangnahme einer Auszeichnung berufen waren. Der Oberstlieutenant und Flügeladjutant v. Winterfeld, Mitglied der Generalordenskommission, mit dem Kammerherrn Freiherrn v. Ende empfing sie; in der ersten Braunschweigischen Kammer wurden die Kategorien der verschiedenen Ordensklassen geordnet und dann in die zunächst gelegene zweite Braunschweigische Kammer geleitet, wo sie aus den Händen des Präses der Generalordenskommission, des General-Lieutenants und Flügeladjutanten von Kessel im Beisein des Wirklichen Geheimen Rathes Sulzer und des Geh. Legationsraths v. Bülow die eingesiegelten Dekorationen empfingen. Angelegt wurden diese in der ersten Braunschweigschen Kammer, Unterbeamte der General-Ordenskommission waren behilflich, die Kreuze und Ehrenzeichen mit den schönen neuen Bändern anzustecken, hübsch und effektvoll zu drapiren, und angethan mit dem neuen Schmucke der Ehre begaben sich die Ritter des Rothen Adler-Ordens, des Kronen-Ordens, des Haus-Ordens von Hohenzollern nach dem Rittersaale. Die Inhaber von Ehrenzeichen wurden alsdann nach der Kapelle geleitet. Im Rittersaale waren die Zeugen anwesend, welche zu der feierlichen Proklamirung der zu diesem Tage verliehenen Auszeichnungen geladen waren, die königlichen Staatsminister, die Generalität. Von den Gemächern Friedrichs I. her traten ein: Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz, Ihre Königl. Hoheiten Prinz Wilhelm, Prinz Friedrich Karl, Prinz Friedrich Leopold, Prinz Albrecht, Prinz Alexander. Prinz Karl war von dem Feste fern geblieben, die heitere Stimmung derselben war nicht die seine; an diesem Tage vor drei Jahren hatte er den Heimgang seiner Gemahlin zu beklagen. Der Kronprinz nahm bei diesem Akte den Platz zunächst am Throne ein, die beiden silbernen Thronsessel unter dem rothen Sammetbaldachin oder vielmehr die Stelle vor dem Thron nahmen etwas später Ihre Majestäten ein, nachdem die Verkündigung der neuen Ritter und Inhaber durch den Oberst-Lieutenant v. Winterfeld beendet war und der Kronprinz und die Prinzen sich nach dem Versammlungsgemach der königlichen Familie und ihrer fürstlichen Gäste, dem Kurfürstenzimmer, zurückbegeben hatten. An der Spitze derselben erwartete Ihre Majestät die Kaiserin und Königin die Ankunft des Kaisers. Die hohe Frau pflegt bei solchen großen feierlichen Gelegenheiten den königlichen Schmuck in einem der Gemächer des Schlosses anzulegen, um von da sich zu dem Versammlungsort der königlichen Familie zu begeben. Gegen 12 Uhr erschien Se. Majestät der Kaiser in hoher Generals-Uniform mit dem Bande des Schwarzen Adler-Ordens und an diesem Tage nur mit vaterländischen Ordenszeichen geschmückt. Mit seinem Erscheinen und der Meldung des Präses der Generals-Ordenskommission, daß Alles bereit sei, begann das Fest. In großem Zuge, in der aufsteigenden Skala der Hochwürdenträger mit den Chefs des Hauses des Kaisers, der Oberhof- und Hausmarschall Graf Pückler und der Hofmarschall Graf Perponcher als marechaux du palais voran, — begaben sich Ihre Majestäten nach dem Rittersaale. Am Arme des Kaisers ging die Kaiserin, deren große Kronschleppe von zwei Leibpagen getragen wurde, der Kronprinz führte die Frau Prinzessin Friedrich Karl, Prinz Wilhelm geleitete die Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, und der Frau Prinzessin Friedrich von Hohenzollern hatte Prinz Friedrich Carl den Arm gereicht. Jeder der fürstlichen Damen wurde die Schleppe von zwei Leibpagen getragen. Rechts des Thrones hatten die Prinzessinnen Aufstellung genommen, links die Prinzen, vor dem Throne Ihre Majestäten, um Dank und Huldigung der neuen Ritter zu empfangen. General von Kessel rief die Damen auf, die Gerufenen traten vor, machten zwei Verbeugungen und nahmen ihren Abzug nach der Kapelle. Die Kour leitete der Ober-Zeremoniemeister Graf Stillfried, assistirt von dem Mitgliede der Generalordenskommission Vizeoberzeremonienmeister Graf zu Eulenburg. Vom Orden erster Klasse waren nur jene Empfänger anwesend, die den Kronenorden 1. Klasse erhalten hatten. Der Generalpostmeister Dr. Stephan, der bisher von fremden Königen mehrere Großkreuze trug, aber noch kein preußisches, eröffnete die Vorstellung, ihm folgte der Chefpräsident der Oberrechnungskammer von Stünzner, der ebenfalls das erste preußische hohe Band erhalten hatte. Nach ihnen erschien der Botschafter in Konstantinopel, Graf Hatzfeld, der das große blaue Band Karls III. von Spanien trug, dazu die neue preußische Dekoration zweiter Klasse. Nicht nur das Verdienst der stärkeren Hälfte des Menschengeschlechts wird an diesem Tage von Ihren Majestäten gewürdigt und belohnt, sondern auch die Thaten des weiblichen Segens. Ihre Majestät die Kaiserin entbietet Deputationen von Damen des Luisen-Ordens und des Verdienst-Kreuzes. Ihr Versammlungsort war das Königinnen-Zimmer unter dem Bilde der verkärten Johanna, die in alter Hoheit und Frauenmilde aus dem Rahmen auf die Versammelten niederblickte. Es waren nachfolgende Damen:

Damen des Luisen-Ordens:

Frau Rittergutsbesitzer Krause. Frau Senator v. Oppeln, geb. Gräfin v. Itzenplitz. Verw. Justizrath Mörs. Frau Kommerzienrath Kahlbaum. Frau Kommerzienrath Sophie Pringsheim. Frau Generalstabsarzt v. Lauer.

II. Verdienstkreuz:

Frau Sanitätsrath Abarbanell. Frau Prinzessin Biron von Curland. Verwittwete Frau Kommerzienrath Borsig. Frau Lina Morgenstern. Frau Kommerzienrath Schwabach. Freifrau Hildegard von Spitzemberg. Fräulein Margarethe Wilkens. Frau v. Arapoff. Frau Geh. Hofrath Roland.

Manche der vielen geladenen Damen waren am Erscheinen verhindert, so die Fürstin Bismarck, die Fürstin Wilhelm Radziwill, die Gräfin von Stolberg-Wernigerode. Gräfin Charlotte von Itzenplitz, Frau von Holleben, Frau Kommerzien-Räthin Reichenheim, Frau Bier, geborene Löbel. Der Zeremonienmeister Freiherr v. Rosenberg empfing sie, die Oberhofmeisterin Gräfin von Perponcher vermittelte die Vorstellung an Ihre Majestäten, als dieselben in großem Zuge nach der Kapelle das Königinnenzimmer, unmittelbar vor dem Weißen Saale erreicht hatten. Dem Kaiser und der Kaiserin hatten sich, um dem Gottesdienste in der Kapelle beizuwohnen, folgende fürstlichen Herren angeschlossen: Ihre Königl. Hoheiten Prinz Heinrich von Hessen und bei Rhein, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen und Anhalt, Erbherzog Paul von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, der Erbprinz von Hohenzollern, Prinz Friedrich von Anhalt und Prinz Friedrich von Hohenzollern. Desgleichen folgten auch sämmtliche Damen des Louisenordens oder Verdienstkreuzes dem Hofe zum

Vorlagen an erster Stelle die Feld- und Forst-Polizei-Ordnung und demnächst das Schanksteuergesetz zur Erledigung gebracht werde. Wenn die Arbeitsordnung des Abgeordnetenhauses diesem Verlangen gemäß eingerichtet wird, ist es unvermeidlich, daß andere Vorlagen, deren Berathung zunächst in Aussicht genommen war, namentlich das Kommunalsteuergesetz, aus der diesjährigen Session völlig verschwinden. Der Umstand, daß der Minister Dr. Lucius den erneuerten Kommissionsberathungen über die Feld-Polizei-Ordnung persönlich beigewohnt hat, zeigt, welch großer Werth auf die baldige Erledigung gelegt wird.

— [Zur kirchenpolitischen Frage in Baden.] Der in der Sitzung der badischen zweiten Kammer vom 17. Januar durch den Ministerpräsidenten Stößer mit Ermächtigung des Großherzogs eingebrachte Gesetzentwurf, welcher die Abänderung des Gesetzes vom 19. Februar 1874, den Nachweis der allgemeinen wissenschaftlichen Vorbildung des geistlichen Standes betreffen, bezweckt (vgl. auch unter +Berlin), hat folgenden Wortlaut:

Art. 1. Von der in Art. 1 des Gesetzes vom 19. Februar 1874, betr. die Aenderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate, vorgeschriebenen besonderen Prüfung zum Nachweis der allgemein wissenschaftlichen Vorbildung sind diejenigen Kandidaten befreit, welche nach beendigtem Universitätsstudium, bez. nach der durch ein mindestens 2½ jähriges Universitätsstudium erlangten wissenschaftlichen Reife zum Eintritt in die praktisch-theologischen Kurse, eine theologische Fachprüfung im Großherzogthum abgelegt haben, sofern dieser Prüfung ein staatlich ernannter Kommissär angewohnt und das Ergebniß der Prüfung der Staatsbehörde nicht Anlaß zur Beanstandung der Kandidaten wegen Mangels hinlänglicher allgemein wissenschaftlicher Bildung gegeben hat. — Art. 2. Uebergangsbestimmung. Denjenigen Geistlichen, welche vor Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes bereits die theologische Fachprüfung bestanden haben, bezw. nach abgelegtem Examen für das katholische Priesterseminar zu Priestern geweiht worden sind, kann auf eingelegte Bitte und gelieferten Nachweis der bestandenen Abiturienten-, bezw. Maturitätsprüfung und dreijährigen Besuches einer deutschen Universität die Staatsprüfung zum Nachweis der allgemein wissenschaftlichen Vorbildung erlassen werden."

Der Ministerialpräsident Stößer begleitete die Vorlage mit einigen Ausführungen, denen wir Folgendes entnehmen:

„Dieser Gesetzentwurf bezeichnet sich oder erscheint vielmehr als eine Ergänzung des Gesetzes vom 19. Februar 1874. Dieses Gesetz bleibt in allen seinen Theilen aufrecht. Soweit es sich um eine Ergänzung handelt, bewegt sich diese Vorlage nach zwei Richtungen. Einmal, soweit es sich nämlich darum handelt, die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen gegenüber dem Staate nach den Universitätsstudien nachzuweisen, hätte nach der Vorlage künftig der Kandidat die Wahl, diesen Nachweis entweder durch Ablegung der Staatsprüfung nach Art. 1 des jetzt bestehenden Gesetzes zu liefern, oder nach Art. 1 der Vorlage durch Ablegung einer Fachprüfung in Gegenwart und unter Mitwirkung eines landesherrlichen Kommissärs. Was sodann die zu Priestern geweihten Kandidaten der katholischen Kirche betrifft, so sollen nach Art. 2 der Vorlage Diejenigen, die von 1863 bis zum heutigen Tage zu Priestern geweiht sind, soweit es sich um den Zustand von 1863 bis 1874 handelt, zu einer Prüfung und soweit es sich um den Zustand von 1874 bis jetzt handelt, zu öffentlich kirchlichen Funktionen überhaupt nur unter der Bedingung gelangen, daß sie um Dispens von der im Art. 1 des gegenwärtigen Gesetzes vorgeschriebenen Staatsprüfung nachsuchen. Die beiderseitigen Kirchenbehörden haben sich mit dem Gesetzentwurfe einverstanden erklärt und die großherzogliche Regierung befindet sich im Einklange mit der s. Z. in diesem Hause abgegebenen Erklärung; sie giebt sich deshalb der begründeten Hoffnung hin, den fraglichen Gegenstand demnächst und allseitig in einer befriedigenden Weise geordnet zu sehen."

— [Die Antwort der päpstlichen „Aurora".] Die „Germania" veröffentlicht jetzt aus dem päpstlichen Blatte jene bereits kurz erwähnte Antwort auf den vielberufenen Artikel der ministeriellen „Provinzial-Korrespondenz" über die Zuständigkeit des preußischen Kultusministers in Sachen der Beilegung des Kulturkampfes. Danach lautet der Artikel des vatikanischen Blattes:

„Die „Provinzial-Korrespondenz" von Berlin bemerkt, wie wir aus einem Telegramm der „Agencia Stefani" erfahren, daß die „Aurora" in ihrem Artikel „Bismarck und der Vatikan" bestrebt gewesen sei, die ganze Verantwortlichkeit für die Verhandlungen mit dem h. Stuhl dem Fürsten-Reichskanzler aufzubürden, und die anderen Minister bei Seite gelassen habe. Wir wissen sehr wohl, daß in Preußen ein Ministerium für äußere Angelegenheiten besteht, wie es eins für den Kultus giebt, und daß die hohen Persönlichkeiten, welche durch das Vertrauen des Kaisers zu diesen hohen Aemtern berufen sind, eine Stimme bei den Beschlüssen der Regierung in Betreff der Beziehungen zur katholischen Kirche haben und folglich auch eine große Verantwortlichkeit tragen.

Wir haben vom Fürsten Bismarck allein gesprochen aus folgenden Gründen. Wenn ein Mann seiner Nation solche Dienste leisten konnte, wie der Fürst Bismarck sie geleistet hat, und wenn er die treibende Kraft für jene Thaten war, welche die Welt in Erstaunen setzten, und welche den Einfluß und die politischen Interessen verrückten, so gelangt man natürlich zu der Annahme, daß er in dem Rathe seines Landes eine unbestreitbare Autorität habe, und daß seine Kollegen sicherlich mit der größten Bereitwilligkeit seinen Willen und seine Pläne unterstützen werden.

Die „Korrespondenz" erwähnt, der Fürst leite die Politik des Reiches. Kann nun, möchten wir fragen, die Lösung der religiösen Frage im Reiche dieser Politik vollständig fremd sein? Uebrigens waren die Worte, welche wir als unsere Privatmeinung und nicht in Folge irgend welcher Inspiration geschrieben haben, von dem Bewußtsein der gewaltigen Bedeutung diktirt, welche der an der Spitze der Regierung des neuen Reiches stehende Staatsmann in den Augen seiner Freunde, sowie seiner Feinde hat. Wenn auf religiösem Gebiete der Friede zu Stande kommt -- wenn auch nicht durch das ausschließliche Wirken, so doch in Folge des gewichtigen Einflusses des Kanzlers — so wird er für sich und für das Wohl seines Vaterlandes viel gethan haben. Frei an sich, umgeben hingegen von dem heiligen Stuhl feindlich gesinnten Einflüssen, zeigt er dann einen Muth, würdig erhabener Geister, indem er die Vorstellungen der katholischen Kirche als begründet anerkennt und ihr eine Stellung und die Freiheit wiedergiebt, deren sie bedarf, um ihre Mission zu erfüllen, welche auch für die bürgerliche Gesellschaft Vortheile mit sich bringt."

Die „Germania" bemerkt dazu unter Anderem: „. . . Man wird mit allen Künsten der offiziösen Presse dem Volke niemals die Ueberzeugung aufdrängen können, daß der Mann, der trotz der heftigsten Opposition auf wirthschaftlichem Gebiete einen totalen Umschwung herbeizuführen vermochte, außer Stande sei, der Kirche den Frieden wiederzugeben, nach welchem sich, mit Ausnahme weniger „Kulturpauker", das gesammte Volk sehnt. Und wenn der Reichskanzler mit starker Hand und mit dem mächtigen Einfluß, den er auf Regierung und Volk ausübt, die Hindernisse, die sich ihm dort, und die Vorurtheile, die sich ihm hier entgegenstellen, überwindet und den Kampf gegen die Kirche unter Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen beendet, so wird das katholische Volk, das leicht vergißt und gern vergiebt, ihm den Ruhm, von dem die „Aurora" spricht, nicht versagen . . ." So das Hauptorgan der Ultramontanen, die „Germania", die der römischen Kollegin in dem Bestreben sekundirt, dem Kanzler „um den Bart zu gehen".

— [Zur Anwendung der Reichswährung, der neuen Maße und Gewichte.] Seit längerer Zeit schwebt zwischen dem hiesigen Magistrate und dem Polizeipräsidium ein Schriftwechsel über den von letzterem beabsichtigten Erlaß einer Polizeiverordnung, wonach künftig bei öffentlichen Ankündigungen, Aushängen an Schaufenstern u. s. w. lediglich neues Maß und Gewicht und die Reichswährung soll angegeben werden dürfen. Obschon die Aeltesten der Kaufmannschaft den Erlaß einer solchen Verordnung für nützlich, ja nothwendig erklärt haben, hat der Magistrat seine Zustimmung wiederholt verweigert, auch weil er der Ansicht ist, daß nach dem Gesetze vom 11. März 1850, auf welchem der Erlaß von Polizeiverordnungen überhaupt beruht, dergleichen Vorschriften nicht im Wege der Polizeiverordnung erlassen werden können. Nun soll eine solche zwar nicht ohne das eingeholte Gutachten des Gemeindevorstandes (Magistrats) erlassen werden; es fragt sich aber, ob die Regierungsbehörde ohne Zustimmung desselben ihre Verordnung nicht in Kraft setzen kann. Uebrigens erinnert der Grund erwähnter Verordnung an eine Absicht der Normal-Eichungs-Kommission, die alten Benennungen der Maße und Gewichte aus dem öffentlichen Verkehr ganz und gar zu entfernen, um so die neuen vollständig einzubürgern. Die Beibehaltung der alten Bezeichnungen, wie Centner, Pfund, Loth (dieses allerdings nur als Neuloth) hat sich als mindestens überflüssig erwiesen.

— [Von den Samoa-Inseln.] Die sächsischen Handels- und Gewerbekammern haben (wie das „D. Mont.-Bl." meldet) aus Sydney von ihren Kommissar, Herrn Bahse, ein Schreiben echalten, in welchem mitgetheilt wird, daß dieser sächsische Delegirte in einer Versammlung des Zweigvereins für Handelsgeographie eine Meinungserklärung über die Wichtigkeit der Samoa-Inseln von dem Konsul Sahl provozirt habe. Nachdem auch Lieutenant Wachenhusen vom „Albatroß" über seine Erfahrungen referirt, stellte er, Bahse, einen Antrag beim Reichskanzleramte, sofort um Annexion der Samoa-Inseln zu petitioniren, was großen Beifall fand. Man beschloß, da der Fall dringlich sei, dies telegraphisch zu thun, was denn auch am 14. November geschehen ist. Der Wortlaut der Petition ist per Post an das Reichskanzleramt abgegangen.

— [Der Kultusminister] hat die Provinzialschulkollegien angewiesen, mit der Einführung gleichzeitiger Termine für den Beginn des Schuljahres bei allen ihnen unterstellten Anstalten so rasch vorzugehen, daß mit Ostern nächsten Jahres sämmtliche höhere Unterrichtsanstalten in Preußen ihr Schuljahr beginnen. Die Anstalten, welche bisher andere Anfangstermine hatten, sollen wegen des Interimistikums Vorschläge baldigst einreichen, jedenfalls aber im August ihre letzte Versetzung zum Herbsttermin vornehmen. Die Schüler dieser Anstalten kommen dadurch in die unangenehme Lage, wenigstens in der großen Mehrzahl ein halbes Jahr zu verlieren, da unmöglich bei der zu Ostern 1881 stattfindenden Versetzung eine größere Anzahl das Pensum der Klasse absolvirt haben wird. Auf die von Direktoren-Konferenzen vorgeschlagene Verlegung des Anfangs des Schuljahres auf die Tage nach Neujahr behufs Uebereinstimmung des Schuljahres mit dem bürgerlichen Jahre ist man nicht eingegangen, obwohl viele Gründe für eine solche Ordnung sprachen.

— [Wer ist der Sündenbock?] Nach einer freilich ziemlich orakelhaften Andeutung der hyperorthodoxen „Allg. Ev.-luth. Kirchen-Ztg.", „auf welche näher einzugehen das positive Blatt selbst für nicht unbedenklich erklärt," wäre der Ausfall der letzten kirchlichen Gemeindewahlen in Berlin hauptsächlich dem Einfluß der berliner Stadtbehörden, und zwar nicht allein der des jüdischen Stadtverordnetenvorstehers Straßmann nebst Genossen zuzuschreiben, ja dasselbe spricht die Behauptung aus, daß die „semitischen Mitbürger", wenn selbige auch von der direkten Theilnahme an den kirchlichen Wahlen ausgeschlossen sind, doch indirekt „in der Presse und durch sanften Druck auf ihre Schuldner einen um so intensiveren Druck ausgeübt haben." Es scheint in der That bereits dahin gekommen zu sein, daß auch nicht das Geringste mehr passiren kann, was nicht gerade den Wünschen der orthodoxen Richtung entspricht, ohne daß sofort der Ruf laut wird: „Das hat der Jude gethan."

— [Rangverhältnisse der Militär-Justizbeamten.] Der „Reichsanz." bringt einen allerhöchsten Erlaß, worin bestimmt wird, daß fortan von der Gesammtzahl der Divisions-, Gouvernements- und Garnison-Auditeure ein Drittheil mit einem mindestens zwölfjährigen richterlichen Dienstalter zur Verleihung des Ranges der Räthe vierter Klasse mit der Befugniß, die Uniform und das Abzeichen der Korps-Auditeure zu tragen, in Vorschlag gebracht werden darf.

— [Heirathserlaubniß für Offiziere.] Die ältere Bestimmung, wonach künftig diejenigen Offiziere, welche bei Nachsuchung der Heirathserlaubniß den Nachweis der Versicherung eines Kapitals bei der Lebensversicherungsanstalt für die Armee und Flotte führen, den auf 5 pCt. berechneten Zinsbetrag dieses Kapitals einem Theile der vorgeschriebenen Minimalsätze der Wittwenpensionsversicherung substituiren dürfen, ist mit Genehmigung des Kaisers dahin ausgedehnt worden, daß es überhaupt als genügend zu erachten ist, wenn die in den bei Nachsuchungen der Heirathserlaubniß ausgestellten Reversen angegebenen Minimalsätze zu einer Hälfte bei der Militärwittwenpensionsanstalt versichert, zur andern Hälfte aber durch die zu 5 pCt. berechnete Rente eines bei der Lebensversicherungsanstalt für Armee und Flotte auf den Todesfall eingekauften Kapitals sichergestellt werden; mit der Beschränkung jedoch, daß hierbei eine Ermäßigung der bereits bei der erstern Anstalt versicherten Wittwenpensionen niemals eintreten darf.

Eintritt in die Kapelle. Selten ist wohl dem christlich-evangelischen Bekenntnisse eine weihevollere Stätte erbaut worden, als in der Schloßkapelle von Friedrich Wilhelm IV. Der ganze weite Raum in der Runde war von den geladenen Rittern und Inhabern erfüllt. Links vom Altare saßen die Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler, zwei Reihen von Persönlichkeiten, deren Leben Thaten, deren Namen Geschichte sind. Dem Altar gegenüber hatten die Vertreter der europäischen Mächte Platz genommen, aber nur insoweit sie Ritter eines preußischen Ordens sind. Wer von diesen keine besitzt, kann überhaupt an dem Feste nicht theilnehmen. Der bisherige russische Botschafter, Baron Oubril, saß als Ritter des Schwarzen Adlerordens unter den Rittern desselben. Gleichsam als Hüter der heiligen Stätte umstand die berliner Hofgeistlichkeit den Altar, des Eintritts Ihrer Majestäten wartend. Als Allerhöchst dieselben in der hohen geöffneten Pforte erschienen, intonirte der Dom-Chor à capella den 100, Psalm „Jauchzet dem Herrn alle Welt". Ihre Majestäten mit dem ganzen Hofe nahmen die Plätze rechts des Altares ein und nachdem sie sich nach kurzem stillen Gebete niedergelassen, begann der Gottesdienst. Bekanntlich ist in der Schloßkapelle keine Orgel. Der Domchor führt die gottesdienstlichen Gesänge ohne jede Instrumentalbegleitung abwechselnd mit dem Gesang der Gemeinde aus. Den liturgischen Theil des Gottesdienstes verrichtete der Hofprediger Schrader. Die Gedächtnißrede sprach der General-Superintendent und Hofprediger Dr. Kögel. Er hatte als Textstelle den Vers 15 aus dem 12. Kapitel an die Römer gewählt: „Freuet Euch mit den Fröhlichen und weinet mit den Weinenden". In der Auslegung derselben und namentlich im zweiten Theil seiner Rede deutete der Geistliche darauf hin, wie die Befolgung dieser Ermahnung das feste Band zwischen dem königlichen Hause von Preußen und dem Volke gewoben hat, indem die Freude des Königs die Freude des Volkes werde und aller Schmerz desselben hinwiederum den Weg zum Throne gefunden. Er gedachte des Dulderpaares Friedrich Wilhelm III., der dieses Fest vor 70 Jahren ins Leben gerufen, und der Königin Luise, welche dem ersten Feste mit beigewohnt hatte. Weiter führte er die Ausdeutung seines Grundgedankens bis in die neueste Zeit aus auf das goldene Freudenfest im königlichen Hause und auf die That der Barmherzigkeit, welche der Nothschrei aus einem Theile des Landes hervorgerufen hat.

Der tiefe Eindruck dieser Rede fand seinen andächtigen Nachhall im Gebet und Segen, welche vom Hofprediger Dr. v. Hengstenberg gesprochen wurden.

Auf dem Hin- und Rückweg zur Kapelle durch die Bildergalerie wie durch den Weißen Saal gingen der Hof wie die Geladenen durch einen Gang, der von beiden Seiten durch Draperien von rothem Sammet gebildet war. Als der Gottesdienst beendet, waren dieselben verschwunden, und im Weißen Saale, in der Bildergalerie, in den angrenzenden altdeutschen Kammern präsentiren sich die reich gedeckten Tafeln, an denen sämmtliche Eingeladene mit Ihren Majestäten das Mittagsmahl einzunehmen berufen waren. Vor den Plätzen Ihrer Majestäten unter dem purpursammetnen Thronhimmel trug ein mächtiger, vergoldeter Tafelaufsatz die traditionellen Palmen. Lorbeerkränze zierten die übrigen Aufsätze auf den Tafeln, die den Weißen Saal im Geviert und in der Mitte umgaben. Mit Ihren Majestäten theilten die Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler den Tisch, an den Seitentafeln saßen die deputirten Damen des Luisen-Ordens und des Verdienstkreuzes. Aber nicht nur die Ritter der höchsten Orden im vollen Glanz ihrer Würden und Uniformen saßen an der Tafel. Es waren in der nächsten Umgebung des Kaisers und der Kaiserin alle Ordens-Klassen vertreten bis herab zu den Ehrenzeichen. Friedrich Wilhelm III. hatte beim ersten Ordensfeste Inhaber derselben in den Saal kommen lassen, und so war diese Gepflogenheit geblieben. Im Laufe des Mahles erhob sich Se. Majestät der Kaiser und König und trank auf das Wohl der neuen Ritter. Eine Fortsetzung fand dieser Toast in dem gleichen Trinkspruch, welcher in der Bildergalerie der General-Adjutant von der Goltz im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs ausbrachte.

Man bleibt bei Hof nicht sehr lange bei Tisch sitzen. In einer Stunde ist das ganze Diner servirt für nahe an 700 Personen. Dank der musterhaften Organisation vollzieht sich das gleichsam wie von selbst. Bemerkt muß noch werden, daß den Platz Ihren Majestäten gegenüber der Oberste aller preußischen Ordensritter nächst dem Souverän, der Kanzler des Schwarzen Adler-Ordens, Graf Redern, inne hatte, Graf Pückler saß in der Reihe der Ritter desselben.

Mußten wir bisher unser Augenmerk mehr auf die Vorgänge richten, so gab uns der große Cercle im Rittersaale, der sich an das große Diner anschloß, Muße, den Blick auf dem Glanze weilen zu lassen, der bei dem Feste entfaltet wurde — namentlich in den Toiletten der fürstlichen Damen. Ihre Majestät die Kaiserin pflegt an diesem Tage jene große Kronschleppe zu tragen, in welcher sie von Winterhalter gemalt ist. Purpursammt und Hermelin, gestickte goldene Kronen und schwarze Adler sind die Abzeichen des preußischen Königthums, die bei diesem Feste über einer mit Goldspitzen garnirten Seidenrobe getragen wurden. Die Coiffüre bestand aus einem Brillant-Diadem, weißen Federn und einem goldgestickten Schleier, der rückwärts über die Schleppe hinabfiel. Von der linken Schulter ab fiel das Band des Schwarzen Adler-Ordens mit dem Brillantstern desselben. An der linken Schulter waren sämmtliche Verdienstorden angebracht mit dem Luisenorden an der Spitze. Den Hals umgaben die Krondiamanten, unter ihnen das große Kollier mit dem Sancy und in Gold, Brillanten und Rubinen eine Nachbildung des ältesten Ordens des Brandenburgischen Hauses, des Schwanenordens. Den Luisenorden trugen auch die Frau Prinzessin Friedrich Karl und die Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, Erstere vereint mit dem Bande des russischen Katharinen-Ordens zu einer lichtblau sammtnen mit Hermelin verbrämten Schleppe zu einer weißen silbergestickten Robe und einem Brillanten-Diadem mit langem Schleier. Aehnlich war auch die Coiffüre der Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen zu einer Schleppe von königsblauem Sammt, die mit weißen Spitzen himmelblauen Federnbesatz und Blumenbouquets besetzt war. Ein weißes Spitzenkleid mit dunklem Blumenbesatz und darüber eine Schleppe von weißem mit weißer Seide gestickten Atlas, dazu ein Brillant-Diadem mit langem Schleier schmückte die zarte Gestalt der Frau Prinzessin von Hohenzollern. Bei dem Rundgange, den beim Einnehmen des Kaffees Ihre Majestäten bei ihren Gästen machen, legt die Etikette ihr strenges Amt nieder. Die Gruppirungen, die vor dem Diner nach Rang und Würden nothwendig sind, lösen sich auf und die Huld des Herrscherpaares bleibt für den Vornehmsten wie den Geringsten Ihrer Gäste dieselbe. Rang und Stand schwinden vor der Würdigung auch des bescheidensten Verdienstes. In dieser Verbindung des Krönungs- mit dem Ordensfeste — in dieser volksthümlichen Idee liegt auch das Geheimniß des Bestandes desselben, in der Erfrischung der alten Formen durch immer neue Elemente — endlich in dem Eindruck der wunderbaren körperlichen Frische und Herzensfreundlichkeit des Kaisers, der nach allen Seiten ausgebenden Huld der Kaiserin und in der anmuthenden heiteren Weise, welche der Kronprinz dabei entfaltete.

Breslau, 16. Januar. [Zum Nothstand.] Bezüglich der Einrichtung von Volksküchen, die Vertheilung von Nahrungsmitteln u. s. w. geht dem „Ob. Anz." aus dem Kreise Kosel die nachstehende Mittheilung zu:

Die Bemühungen des Nothstands-Hülfs-Komite's und der Kreisverwaltungsbehörde, nach Möglichkeit Suppenanstalten in den dem Nothstande verfallenen Ortschaften zu etabliren, sind, trotz des großen Mangels an geeigneten Persönlichkeiten zur Leitung der betr. Anstalten, von Erfolg, denn außer Czissowa, Januszkowitz und Wielmirzowitz besitzen die übrigen inundirten Ortschaften bereits zusammen 31 Küchen. In Birawa, Dziergowitz und Jakobswalde befinden sich je zwei Suppenanstalten. Aus sämmtlichen Volksküchen werden zugleich auch arme Schulkinder beköstigt, ausgenommen in Birawa und Jakobswalde, wo die Errichtung von besonderen Schulküchen für nöthig befunden worden ist. Den Bedürftigen derjenigen Ortschaften, in denen vor Etablirung der Volksküchen durch Vertheilung von Zerealien in natura dem Elend entgegengearbeitet wurde, scheint die jetzige Einrichtung nicht zu gefallen, denn die kompetente Behörde ist bereits von mehreren Seiten angegangen worden, die Volksküchen abzuschaffen und die Zerealien in natura zu vertheilen; selbstverständlich wird solchen Ansprüchen, die nur auf die Erlangung von „Schnaps" hinzielen, nicht stattgegeben, und die Zahl der Volksküchen, dieses besten Mittels, der Noth zu steuern, wird nicht nur nicht vermindert, sondern nach Bedarf und Möglichkeit, wie bisher, vermehrt. — Noth herrscht in unserem Kreise nicht allein in den überschwemmten Dörfern, sondern auch in mehreren außerhalb des Nothstandsbezirkes liegenden Gemeinden, die, an sich schon arm, durch die vorjährigen ungünstigen Witterungsverhältnisse gelitten und ihre geringen Ernteerträge verloren haben, ist großes Elend eingetreten. Zur Bekämpfung desselben hat der hiesige, seiner Aufgabe treu bleibende Vaterländische Frauenverein durch Vertheilung von Nahrungsmitteln bereits sein Möglichstes beigetragen. So wurden, und werden noch in den Ortschaften Lohnau, Blazeowitz, Dzielnitz, Krzanowitz, Langlieben, Dembowa, Potzenkarb, Pickau und Juliusburg, welche von der vorjährigen Ueberschwemmung nicht heimgesucht worden, durch die zuständigen Amtsvorsteher allwöchentlich an notorisch Arme Nahrungsmittel, welche von dem Vaterländischen Frauenvereine zur Disposition gestellt worden sind, vertheilt; in zwei außerhalb des Nothstandsbezirks belegenen Dörfern, Rokitsch und Borislawitz, sind auch Volksküchen errichtet worden. — Die an das Hülfskomite eingegangenen Kleidungsstücke werden den Amtsvorstehern der nothleidenden Gemeinden ausgehändigt und von diesen an die Bedürftigen ihrer Bezirke gegen einen Revers vertheilt; den betr. Empfängern wird zugleich eröffnet, daß ihnen die Kleidungsstücke nur leihweise übergeben sind und ein Verkauf 2c. derselben die Klage wegen Unterschlagung zur Folge hätte. Die Bekleidung der Schulkinder hat der Vaterländische Frauen-Verein und der Kreis-Schulinspektor Porske übernommen. Bis jetzt sind im Ganzen bereits 1150 Kinder bekleidet worden, und ist die fernere Bekleidung von noch 750 armen Schülern in Aussicht genommen. Der Gesundheitszustand in den Nothstandsbezirken ist gegenwärtig ein guter, nur in Goschütz ist ein Typhuskranker vorhanden. Die strengen sanitätspolizeilichen Maßregeln lassen jedoch eine weitere Verbreitung der Krankheit nicht befürchten.

Frankreich.

Paris, 17. Januar. [Die Erklärung des Ministeriums Freycinet] ist als eine stattliche Erscheinung in beiden Kammern begrüßt worden. Doch resolut nur von den beiden Gruppen der republikanischen Linken und des republikanischen Vereins, deren Leute allein im Kabinet vertreten sind; das linke Zentrum verhielt sich ruhig zuwartend; die radikale Linke, der dieser Tage noch die Ehre erwiesen worden, daß einer der Ihrigen, der Deputirte für die Drôme, Madier de Montjau, zum Quästor in demselben Palais Bourbon gewählt wurde, aus dem einst der siegreiche Cäsarismus ihn gewaltsam hinausgeworfen hatte, stimmte nicht in den Beifallssturm, der den Schluß der Erklärung feierte, ein. Sie grollt Freycinet, daß er ihre Amnestie nicht zu der seinigen machen und den Patriotismus der Kommunards und ihr Heroenthum nicht bestätigen will; aber sie erhebt doch wenigstens keinen ungebührlichen Lärm. Die Rechte hüllte sich dicht in den Talar ihrer Würde; sie zählt vor der Hand nur noch mit, um Anfragen zu stellen, zu murren und zu toben, wenn es der Augenblick gebeut oder gestattet. Hatte auch sie auf einen Satz über die Amnestie wirklich gerechnet, so fehlt ihr doch der staatsmännische Geist, der ihnen sagen mußte, daß die vollständige Amnestie mit Heimholung der Asche der „Schlachtopfer" von Numea zugestehen gleichbedeutend wäre mit Einleitung einer Periode der Amnestie und der radikalen Utopien, die in ganz Europa gerechtes Mißtrauen erregen müßten. Aber Freycinet ist mit Grévy in dem Punkte hieb- und stichfest wie in dem anderen, daß Emil Girardin ein Schwindler ist, wenn er die unbedingte Preßfreiheit predigt: Freycinet will Preßfreiheit, doch kein Privileg der Straflosigkeit für den Schriftsteller. Und wenn ein Volk der gesetzlichen Schranken bei Ausübung der modernen Volksfreiheiten in Presse, Versammlung und Verein bedarf, so ist es das französische, das bei seiner quecksilbernen Natur zwar weniger in den Ausdrücken, doch desto leichter in den Theorien und in den Verhetzungen gegen Parteigänger sündigt. Die ministerielle Erklärung hat einen Grundzug, der sich sogleich im Eingange geltend macht: sie ist so viel das „centre gauche des Herrn Thiers", als es im Jahre 1880 überhaupt noch thunlich ist; sie will nur Fortsetzung und Weiterführung des von Waddington überkommenen Werkes sein, desselben Werkes, das diesem von Dufaure überliefert wurde. Aber das Kabinet ist nicht minder entschlossen, seine spezifische Aufgabe, die Durchführung der republikanischen Einrichtungen, dadurch zu vervollständigen, daß es republikanische Gesinnung als erste Bedingung der Anstellung in Verwaltung, Justiz, in Heer und Flotte fordert, und jeden, der sie weigert oder der sich als „Reaktionär" gezeigt hat, als unfähig zum Staatsdienste hinausweist. Der Geist des republikanischen Vereins thut es nicht wohlfeiler! Dies hält Freycinet indeß nicht ab, die Bekehrung auch der Monarchisten zur Republik zu erhoffen. Die Rechte lächelte mit Fug bei dieser Phrase, die eben nur abgenutzte Phrase ist: zwischen den Kämpfern für Thron und Altar und den Anhängern des Programms Freycinet ist eine Kluft befestigt, in die noch viel Blut und viel Thränen fließen werden. Die Royalisten bankettiren, während die Bonapartisten sich sammeln; beide aber leben der Zuversicht, daß der Republikanismus unserer Tage früher oder später hinausgefegt werde, wie einst der Hugenottismus des Reformzeitalters. Die Reihe von Gesetzvorlagen und Reformationsvorschlägen, von Bauprojekten u. s. w., welche das Kabinet ankündigt, tritt nicht zum ersten Male in Sicht; aber heute ist sie der Ausführung ungleich näher als im Januar 1879, und Frankreich kann zufrieden mit der Leistungsfähigkeit seiner Staatseinrichtungen sein, wenn auch nur ein Theil derselben sofort verwirklicht wird und der Rest noch eine Weile Zukunftsmusik für den großen Haufen bleibt.

[Gramont und Favre †.] Der Herzog von Gramont und Jules Favre sind todt! So nahe rückt der Tod zwei Menschen an einander, welche das Leben einmal hart einander gegenübergestellt hatte:

Der Herzog von Gramont, schreibt die „Nat.-Ztg.", unterzeichnete im Juli 1870 die Kriegserklärung gegen Deutschland; Jules Favre unterzeichnete im Januar 1871 den Waffenstillstand von Versailles. Gramont hatte durch seine Kriegspolitik die Dynastie der Bonaparte zu retten gemeint; Favre stellte am 4. September den Antrag, diese Dynastie für abgesetzt zu erklären. Seine warnende Stimme hatte er im Juli laut genug erschallen lassen. Bei dem besten Willen, dem Grafen Gramont gerecht zu werden, fällt uns, sagt das zitirte Blatt, kein lobendes Beiwort ein, welches wir ihm in das Grab mitgeben könnten. Sein hervorstechendster Charakterzug war eine grobe Unaufrichtigkeit, der sich eine unverzeihliche Unwissenheit beigesellte. Er gehörte ganz und gar zu jener Klasse von Diplomaten, deren Kunst sich darauf beschränkt, auf dem Parquet der Höfe zu balanciren und die für das lebendige Rauschen des Stromes der Geschichte kein Ohr haben. Ein wiedergekehrter Alberoni, so ungefähr ließe er sich am besten charakterisiren. Gramont gehört zu der kleinen Anzahl von Männern, welche dem Wiederhersteller des Bonapartismus von seinem ersten bis zum letzten Schritt treu geblieben sind. Er war bereits in dem Kreise, der sich im Jahre 1848 um den Präsidenten schaarte. Was in diesem Kreise durch Talent und Charakter sich auszeichnete, hatte die Vorsehung dem dritten Napoleon früh entrissen; diesen Unglücksmann hat sie ihm gelassen. Gramont war am 14. August 1819 geboren, hatte sich ursprünglich der Soldatenlaufbahn gewidmet, sie aber nach sehr kurzer Zeit wieder verlassen. Von 1840 bis 1848 scheint er keinen eigentlichen Beruf gehabt zu haben; was diesen Nachkommen eines alten Adelsgeschlechts unter die ersten Genossen des Prätendenten, dessen besondere Gunst er schnell gewonnen, geführt hat, kann nichts gewesen sein, als abenteuernder Sinn. Er hat dann schnell Karriere gemacht und eine Anzahl von Höfen haben ihn als Gesandten und Botschafter gesehen: Kassel 1850, Stuttgart 1852, Turin 1853, Rom 1857, Wien 1861. Hier machte er die Bekanntschaft des Grafen Beust, die für seine Zukunft verhängnißvoll werden sollte. Im Mai 1870 wurde er Minister und hat in den zwölf Wochen seiner Amtsführung gezeigt, ein wie schlechter Diplomat schon seit zwanzig Jahren in ihm gesteckt haben muß. Später ergriff er noch ein anderes Gewerbe; er schrieb politische Brochüren, in denen er sich zu rechtfertigen, andere anzuklagen suchte, Produkte, die jedes Eindrucks wie jedes Werths entbehrten.

Jules Favre war um zehn Jahre älter als Gramont; er hatte das siebenzigste Lebensjahr überschritten. Ein Mann, der als Redner bedeutend, unter Umständen ergreifend ist und, zu einer praktischen Wirksamkeit berufen, sich als unfertig und unreif erweist, stellt sich unserer Phantasie unwillkürlich als jugendlich dar, und es wird schwer, graue Haare und eine gefurchte Stirn mit der geistigen Physiognomie Favres zu vereinen. Seine politische Wirksamkeit begann schon im Jahre 1830, nach der Februar-Revolution brachte er es wiederholt auf kurze Zeit zu der Stellung eines Unterstaatssekretärs, aber zu einer hervorragenden Rolle brachte er es nicht. Seine glänzende Zeit beginnt im Jahre 1858, als er, der erste oppositionelle Abgeordnete, in den gesetzgebenden Körper gelangt und den Kampf gegen das napoleonische System aufnimmt. Sittlichen Ernstes voll, unermüdlich, muthig, in der Art seiner parlamentarischen Beredtsamkeit den französischen Ansprüchen vollständig genügend, hat er mehr als zehn Jahre sich große Verdienste erworben und einen berühmten Namen sich gemacht. Als die Republik, für die er gekämpft hatte, siegreich geworden war, verschwand er schnell von der Schaubühne. Ein ärgerliches Familienereigniß, welches seine Gegner in die Oeffentlichkeit zerrten, war zwar anstößig und vor Allem eines Mannes des Rechtes unwürdig, aber doch menschlich entschuldbar; es hat wohl weniger dazu beigetragen, ihn in das Dunkel zurückzuwerfen, als seine hervortretende Unfähigkeit, praktischen Aufgaben gerecht zu werden. Der gedankenlose Roturier und der gedankenvolle, aber unklare Idealist, sie waren beide lange vergessen, ehe das Grab sich über ihnen schließt. Wenn aber Frankreich nach den Schuldigsten unter denen sucht, welche die große Katastrophe von 1870 über es hereinbrachten, so wird sein Auge immer vor Allem auf den Herzog von Grammont fallen. Jules Favre, der ein Leben damit zugebracht hatte, mit blumenreicher Rhetorik sich und Andere über die ehernen Nothwendigkeiten wegzutäuschen, welche das Schicksal der Individuen und der Staaten bestimmen, wird in der Geschichte in den Szenen fortleben, da er mit den Thränen und mit der akademischen Beredtsamkeit, die den Geschworenen so manches Nichtschuldig entrissen hatten, von dem deutschen Reichskanzler — aber diesmal vergebens — die Freigabe seines Landes von den Folgen eines schuldvollen Krieges erflehte.

[Der in vielen französischen Lehranstalten] noch herrschende und nicht genug zu verdammende Unfug der Brimaden (Fuchstaufen) hat so eben in der Kunstgewerbeschule von Angers ein Opfer gefordert. Wenn wir Brimade mit Fuchstaufe übersetzen, so ist dies nicht ganz zutreffend, ein Zögling braucht, selbst wenn er schon längere Zeit der Anstalt angehört, nur aus irgend einem Grunde das Mißfallen seiner Kameraden zu erregen, und sofort rotten diese sich zusammen, drängen den Unglücklichen gegen eine Wand oder einen Schultisch und pressen ihn, indem sie selbst so zu sagen eine lebendige Schraube bilden, oft mit einer beispiellosen Grausamkeit, mißhandeln ihn mit Schlägen und Fußtritten, bis er mit blauen Flecken bedeckt, röchelnd und halb entseelt auf dem Platze bleibt. Die Militärschule von Saint Cyr war von jeher wegen ihrer Brimaden besonders berüchtigt und hier wie in anderen Staatsanstalten haben auch die strengsten Disziplinar-Vorschriften diese barbarische Sitte nie gänzlich ausrotten können. Die neuen Ankömmlinge blieben wohl vor der Fuchstaufe geschützt, aber plötzlich wurde mitten im Semester dann ganz unversehens an einem oder mehreren Zöglingen, die sich, manchmal sehr unverdienterweise, die Ungnade ihrer Mitschüler zugezogen hatten, die Brimade geübt. Dasselbe geschah nun vor einigen Tagen unter ganz besonders empörenden Umständen in der Ecole des arts et métiers zu Angers, deren Zöglinge sämmtlich erwachsen und im Durchschnitt 20 Jahre alt sind. Drei Schüler hatten, nicht etwa durch eine unlöbliche Handlung oder unkameradschaftliches Benehmen, sondern lediglich durch die Belobungen, die ihnen für ihren Fleiß zuerkannt worden waren, den Zorn ihrer Mitschüler erregt. Als neulich das Gas in der Anstalt eingefroren war, stürzte sich die junge Bande unter der Gunst der Dunkelheit auf die drei mißliebigen Genossen; zwei derselben entkamen glücklich durch eine Hinterthür und eilten zu dem Direktor, ihn flehentlich bittend, er möge sie doch zu ihren Familien entlassen, da sie hier ihres Lebens nicht sicher wären. Der dritte aber, Namens Guyot, von der zweiten Division, aus Escurolles gebürtig, wurde von den Unholden an einen Tisch gezwängt und der Presse unterzogen; er empfing, wie es scheint, äußerlich keine Verletzung, hatte dagegen in seinen inneren Organen dermaßen gelitten, daß er in die Krankenabtheilung und bald zu den Seinigen geschafft werden mußte, wo er kurz darauf gestorben ist. Auf Befehl des Handelsministers hat die Staatsanwaltschaft sofort eine Untersuchung eingeleitet; nun wird aber dem „Evenement" aus Angers vom 6. Januar telegraphirt: Mittwoch früh befanden sich die erste und zweite Division der Schule in vollem Aufstande und wollten durchaus nicht in ihre Ateliers zurückkehren. Der Direktor benachrichtigte den Präfekten des Departements Maine-et-Loire und dieser ließ die Schule von 100 Soldaten und etwa 20 Gendarmen zerniren. Um 2 Uhr öffnete man das Gitterthor und die Soldaten drängten die Meuterer bis tief in den Hof zurück. Nun richtete der General-Prokurator an sie eine beredte Ansprache, welche auf die jungen Leute einen tiefen Eindruck zu machen schien. Dem Generalprokurator umgaben der Präfekt, der Maire, der Untersuchungsrichter und der Kommandant der Gendarmerie. Darauf begann die Untersuchung; zehn Zöglinge wurden verhaftet und elf ausgewiesen. Der Fall wird demnächst vor die Geschworenen kommen. Die Schule wird wahrscheinlich strafweise beurlaubt werden; sicherlich wird sich die Zahl der Ausweisungen auf vierzig belaufen. Die Festigkeit, mit welcher der Direktor der Schule seine Pflicht that, verdient alles Lob. In der Stadt herrscht unbeschreibliche Aufregung. Eine Abtheilung von 40 Soldaten bewacht die Schule.

Rußland und Polen.

[Ueber das Befinden der Kaiserin von Rußland] laufen aus Cannes leider sehr wenig befriedigende Nachrichten ein. Mehrere Tage hindurch war allerdings die Hoffnung auf eine, wenn auch nur temporäre Besserung nicht ausgeschlossen, welche nach Ansicht der Aerzte es vielleicht sogar ermöglicht haben würde, den sehnlichsten Wunsch der hohen Patientin, hinsichtlich ihrer sofortigen Rückkehr nach Rußland zu erfüllen. Doch auch diese Hoffnung scheint nach den letzten Depeschen geschwunden zu sein. — In Cannes herrscht seit drei Wochen prächtiges, warmes Frühlingswetter, in Petersburg dagegen wechselt fortwährend Frost mit Nässe. Wenn nun, wie das der Fall, die Aerzte, trotz dieser klimatischen Unterschiede glaubten, den Bitten der kranken Kaiserin nachgeben zu dürfen, so kennzeichnet das allein schon die schließliche Hoffnungslosigkeit des Leidens der hohen Dulderin, die sich jedoch persönlich des vollen Umfangs der Gefahr nicht recht bewußt sein soll. Um die Kaiserin in dieser Beziehung nicht unnöthig aufzuregen, erklärten sich in voriger Woche auch die behandelnden Aerzte auf das Entschiedenste gegen die bereits bestimmt projektirte abermalige Reise des Großfürsten Thronfolgers und dessen Gemahlin, sowie der Großfürstin Wladimir nach Cannes, weil der Kaiserin besonders durch das Eintreffen ihres ältesten Sohnes sofort die ganze Größe der Gefahr, in welcher sie schwebt, vor Augen treten würde. Bezüglich des stattgehabten Besuchs ihrer Tochter, der Herzogin von Edinburg und der Großfürstin Paul, war solches nicht zu befürchten, weil diese Weihnachtsreise schon vor längerer Zeit in Aussicht genommen war.

[Fürst Lieven.] Als Walujew's Nachfolger wurde zum Minister des Innern der Fürst Lieven ernannt, über welchen die „Köln. Ztg." folgende Mittheilungen bringt: Fürst Lieven ist ein in Moskau geborener und erzogener Stockrusse, dessen Erhebung zum Nachfolger Walujew's für die Systemlosigkeit der petersburger Regierungskreise höchst bezeichnend erscheint. Der Fürst ist ein fähiger, aber grundsatzloser, höchst unzusammenhängend gebildeter, russisch zerfahrener junger Mann, dessen Vorleben und eigentliche Sympathien der jungrussisch-radikalen Richtung angehören, der er während seiner Studienzeit und als Beamter des früheren General-Gouverneurs Fürsten Suwarow, zuerst in Riga, später in Petersburg gehuldigt hat. Noch um die Mitte der 60er Jahre trug er sich mit dem Plane, eine slawistische und radikale Zeitschrift Grosà (das Gewitter) herauszugeben, und stand mit den Führern der Nationalpartei in Verbindung. Nach Auflösung des petersburger General-Gouvernements im Sommer 1866 wurde Lieven — obgleich er bis dahin jeder ernsteren Arbeit aus dem Wege gegangen und wesentlich mit dilettantisch-literarischen Arbeiten beschäftigt gewesen war — auf Suwarow's Empfehlung Vize-Gouverneur in einem der inneren russischen Gouvernements und als gewandter ehrgeiziger blagueur rasch hintereinander Vize-Gouverneur, dann Zivil-Gouverneur von Moskau und endlich Walujew's Gehülfe in der Verwaltung des Domänen-Ministeriums. Auch diese letztere Stellung hatte er der Empfehlung seines ehemaligen Vorgesetzten, des Fürsten Suwarow, zu danken. Es kann positiv behauptet werden, daß Lieven mit den Anschauungen Walujew's nichts gemein hat, und daß seine innersten Neigungen nach wie vor der Partei angehören, aus welcher er hervorgegangen ist und an deren Spitze er zu treten suchen wird, sobald die Verhältnisse danach angethan sind, und die Einflüsse der von Walujeff vertretenen Richtung sich vollends überlebt haben. Dazu kommt, daß sich ins Domänen-Ministerium seit den Zeiten seines früheren Chefs Selenny, der ein fanatischer Gegner Walujew's war, demokratisch-nationale Elemente tief eingenistet haben, und daß es an Versuchen nicht fehlen wird, den neuen Minister in die Bahnen seines Vorvorgängers zu ziehen. Lieven ist ehrgeizig und strebt nach einer politischen Rolle im engeren Sinne des Wortes; er wird, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet, den Versuch machen, den Parteiführer zu spielen, und wenn er freie Hand hat, die Ziele der nationalen und slawistischen Partei fördern.

Aus dem Gerichtssaal.

* [In der Untersuchung wider den sozialdemokratischen Agitator Tölke], welcher in Folge der Veröffentlichung eines in der „Westphälischen Freien Presse" vom 19. Oktober 1878 abgedruckten Gedichtes „den Ja-Brüdern im Reichstage zur Erinnerung an ihre Abstimmung über das Sozialistengesetz im Oktober 1878" auf Antrag einer Anzahl Reichstagsmitglieder wegen Beleidigung derselben verurtheilt worden war, hat das Reichsgericht III. Strafsenat das Erkenntniß vom 15. November 1879 unter Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde des Tölke ausgesprochen, daß die beleidigende Aeußerung in Bezug auf eine bevorstehende Handlung des Beleidigten strafbar ist, wenn feststeht, daß die angenommene Handlung werde vorgenommen werden. „Das Bedenken, ob die der namentlichen Abstimmung in dritter Lesung etwa vorhergegangene Veröffentlichung des Gedichts die Abstimmenden beleidigen könne, ist von dem Appellationsgericht bereits mit der zutreffenden Erwägung zurückgewiesen, daß es zur Zeit der Veröffentlichung feststand und dem Angeklagten bekannt war, daß eine große Anzahl von Mitgliedern des Reichstages dem Sozialistengesetz zustimmen würde. Diese Abgeordneten wurden von der Beleidigung getroffen, es hat also auch, wenn die Veröffentlichung des Gedichts bereits am 18. Oktober 1878 durch die Ausgabe in Dortmund erfolgte, schon zur Zeit der Veröffentlichung nicht an einem Kreise von Personen gefehlt, welchen die Beleidigung galt. Daß der Angriff auf eine erst bevorstehende Handlung der Angegriffenen sich bezog, ändert an dem strafgesetzwidrigen Charakter derselben nichts. Auf

einer Verwechselung der Begriffe beruht es ferner, wenn die Nichtigkeitsbeschwerde die Strafbarkeit durch den Grundsatz ausgeschlossen wissen will: volenti non fit injuria. Denn daraus, daß die Abgeordneten diejenige Handlung wollen, an welche der Angeklagte seine Schmähungen im Voraus anknüpft, folgt nicht auch, daß sie sich mit der Schmähung einverstanden erklären."

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin,** 20. Januar, 5 Uhr Abends.

[Abgeordnetenhaussitzung.] Der Gesetzentwurf, betreffend die Kreisvertretung in Lauenburg, wird in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt. Bei der dritten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bestreitung der Kosten für die Bedürfnisse der Kirchengemeinden des linken Rheinufers entsteht eine lange Debatte über die sogenannte Glockenfrage im § 4, worin Cremer, Köhler, Petri, Wedell-Resdorf, Reichensperger, Windthorst, Knebel und der Minister Graf Eulenburg theilnehmen, welcher letztere für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage plaidirt. Bei namentlicher Abstimmung wird der Antrag Petri's auf Wiederherstellung der Fassung des Herrenhauses, wonach die Benutzung der Kirchenglocken den bürgerlichen Behörden bei besonderen, nicht kirchlichen Anläßen ganz allgemein zustehen sollte, mit 171 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Hierauf wird bei der itio in partes mit 169 gegen 160 Stimmen die Beibehaltung der in zweiter Lesung getroffenen Bestimmung, daß der Oberpräsident in einzelnen Fällen die Benutzung nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörden festsetzen solle, beschlossen. Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte nach der zweiten Lesung genehmigt.

[Abgeordnetenhausschluß.] Der Gesetzentwurf, betreffend die vagirenden und Gastgemeinden Schlesiens wurde in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt. Es folgt die dritte Lesung der Oberschlesischen Nothstandsvorlage. In der General-Diskussion spricht Stablewski gegen Edler für die Vorlage.

In unerheblicher Spezialdebatte wird der Entwurf unter Ablehnung verschiedener Amendements unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt. Der Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung der verfallenen Kaution für das Genneper Eisenbahnunternehmen wird in dritter Lesung mit dem Amendement Hünes genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betreffend den Rechtszustand in einigen von Preußen mit Oldenburg umgetauschten Gebietstheilen wurde in erster und zweiter Berathung angenommen. Mehrere Petitionen wegen Abänderung der Vorschriften über die Fischerei werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Petition aus dem Posenschen beantragt Abänderung der Gesetze dahin herbeizuführen, daß in den verwaisten katholischen Pfarreien aushülfsweise die Abhaltung geistlicher Amtshandlungen durch den Nachbargeistlichen ermöglicht werde. Die Kommission beantragt die Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Der Kultusminister erklärt, er habe schon sorgsam die Mittel zur Abhülfe erwogen und die Ueberzeugung gewonnen, daß allerdings die Möglichkeit vorhanden sei, Abhülfe bis zu einem gewissen Grade zu schaffen. Er habe demgemäß an den Oberpräsidenten in Posen verfügt, die untergebenen Polizeibehörden aufmerksam zu machen, daß nicht jede möglicherweise unter das Gesetz fallende Amtshandlung der Geistlichen zum Gegenstand einer Anzeige bei den Staatsanwälten gemacht, sondern zuvor dem Oberpräsidenten behufs höherer Würdigung der konkreten Umstände Mittheilung gemacht und Instruktion eingeholt werde, und ferner den Oberpräsidenten angewiesen, von Aufenthaltsbeschränkungen bis auf Weiteres abzusehen. Er glaube hiermit bis an die äußerste Grenze desjenigen gegangen zu sein, was die Verfassung und das Gesetz gestatte. Von einer Einflußnahme auf die Justizbehörden könne keine Rede sein, aber was geschehen könne auf reinem Verwaltungsgebiete, eine milde, versöhnliche, humane Handhabung des Gesetzes zu ermöglichen, sei geschehen und werde auch ferner geschehen.

Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß. Nächste Sitzung Mittwoch.

Petersburg, 20. Januar. Anknüpfend an eine Erklärung des Generalkommandos des fünften ,preußischen Armeekorps, wonach die Mittheilungen über die Insultirung und Bedrohung preußischer Offizire in Kalisch völlig erfunden seien, kann der „Russ. Invalide" hinzufügen, daß die falsche Nachricht der deutschen Zeitungen unter den Offizieren der benachbarten Armee großen Unwillen erregte. Ein Stabsoffizier des fünften preußischen Armeecorps begab sich nach Kalisch und gab dem dortigen fünften russischen Husarenregiment den Unwillen der preußischen Offiziere über die durch deutsche Zeitungen verbreitete falsche Nachricht zu erkennen. Diese Mittheilung wurde von den russischen Offizieren mit denjenigen Gefühlen gegenseitiger Hochachtung und Freundschaft aufgenommen, welche schon seit so langer Zeit zwischen beiden befreundeten Nachbarmächten und ihren Armeen bestehen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das neueste Heft des beliebten und überaus billigen illustrirten Familienblattes „Die Illustrirte Welt" (Verlag von Eduard Hallberger in Stuttgart) zeichnet sich wieder durch einen überaus interessanten Inhalt aus. Wir lassen denselben nachstehend im Auszug folgen: Der Bernsteinsucher. Roman von Rosenthal-Bonin. (Forts.) (M. Ill.) — Die Würger von Paris. Eine Geschichte von neulich. Nach Adolphe Belot von Emile Vacano. (Forts.) — Kitty. Novellette von Th. Gr. — Hans Makart. (M. Ill.) — Das Goldene Thor von San Franzisko. (M. Ill.) — Die Temperenz-Musikhalle in London. (M. Ill.) — Aus der Mappe eines Kriminalisten. Nach Skizzen von W. Köhler. — Bilder aus der Polarwelt. (M. 2 Ill.) — Die Gesetze des Regens und des Thaues. — Einschiffung des Königs Ketschewäyo. (M. Ill.) — Ein von der Pilgerfahrt heimkehrender ägyptischer Grundherr. (M. Ill.) Illustrationen zu deutschen Klassikern. 6 Originalzeichnungen. — Humoristische Blätter. — Für das junge Volk: Spiele, Anschauungsaufgaben. — Für Hauswirthschaft und Landwirthschaft. — Rezepte. — Bilderräthsel. — Sinnsprüche. — Schach u. s. w.

Locales und Provinzielles.

Posen, 20. Januar.

— [General v. Plonski †.] Am 14. d. ist in Koburg der General der Infanterie, Chef des 2. Posenschen Infanterie-Regiments Nr. 19, Heinrich v. Plonski, gestorben. v. Plonski, 1802 geboren, war 1820 aus dem Kadettencorps als Sekonde-Lieutenant in das 19. Inf.-Regt., dessen Chef er später wurde, eingetreten; 1857 wurde er Inspekteur der Jäger und Schützen, 1858 Kommandeur der 4. Garde-Infanterie-Brigade, 1863 Kommandeur der 12. Division und dann war er bis zu seiner Verabschiedung kommandirenden General des 12. Armeecorps.

r. **Im Provinzial-Ständehause,** dem ehemaligen Landschafts-Gebäude, sind bis jetzt folgende Provinzial-Institute untergebracht: im Erdgeschosse im Flügel an der Friedrichsstraße die Provinzial-Feuer-Sozietät und die Land-Armen-Direktion, im Flügel an der Wilhelmsstraße die Provinzial-Instituten-Kasse; im I. Stockwerke die Provinzial-Chausseeverwaltung.

— **Personal-Chronik.** Beim königl. Provinzial-Schul-Kollegium ist 1) der ordentliche Lehrer Dr. Rummler an der Realschule zu Rawitsch vom 1. April d. J. ab an das königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Posen berufen worden. 2) Der Hülfslehrer Laskowski am Marien-Gymnasium in Posen als ordentlicher Lehrer an der königl. Realschule zu Rawitsch vom 1. April 1880 ab angestellt worden. Beim königl. Regierungs-Präsidium zu Posen ist 1) der Forstmeister Frech von Koblenz nach Posen versetzt, 2) der Landbaumeister von Staa als kommissarischer Wasserbauinspektor nach Glogau versetzt, 3) der Regierungs-Baumeister von Lukomski zu Ostrowo zum königl. Landbaumeister ernannt und als technischer Hülfsarbeiter bei der Regierung in Posen eingetreten, 4) der Kataster-Sekretär, Steuer-Inspektor Fuchs zum Rechnungsrath ernannt, 5) der Regierungs-Sekretär Rockau unter Verleihung des Rothen Adler-Ordens 4. Klasse pensionirt, und 6) der Militär-Anwärter Pankel als Regierungs-Sekretariats-Assistent angestellt. Im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Posen sind die Rechtskandidaten Max Latte, Theodor Emrich, Sigismund von Pomian-Dziembowski, Paul Pawelitzki, Wilhelm Gebhardt, August Wittchen und Clemens Fahle zu Referendarien ernannt worden. Der Büreau-Assistent Donig bei der Ober-Staatsanwaltschaft ist behufs Uebertritts zur Steuerverwaltung ausgeschieden und der etatsmäßige Gerichtsschreibergehülfe Ekke in Ostrowo zum Büreau-Assistenten bei der Ober-Staatsanwaltschaft ernannt worden. Beim Amtsgericht in Lissa ist der Staatsanwalts-Sekretär Simon zum Gerichtsschreiber und der Erste Gerichtsschreiber Roll daselbst zum Sekretär bei der Staatsanwaltschaft ernannt worden. Beim Landgericht in Posen ist dem Landgerichtsrath Gäbler die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension unter Verleihung des Rothen Adler-Ordens 4. Klasse ertheilt worden. Beim Landgericht in Ostrowo ist der Gerichtsschreiberanwärter Freymark in Schloppe zum etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen ernannt worden. Beim Amtsgericht in Filehne ist der Gerichtsvollzieher Prandke auf seinen Antrag von seinem Amte entbunden und der Gerichtsschreiberanwärter Biesiadowski aus Bromberg mit der einstweiligen Wahrnehmung der Gerichtsvollziehergeschäfte beauftragt worden. Beim Amtsgericht in Gostyn hat der Gerichtsvollzieher John seine Geschäfte als solcher niedergelegt, der Gerichtsschreiberanwärter Hammer aus Grätz ist zum Gerichtsvollzieher kraft Auftrag ernannt. Beim Amtsgericht in Grätz. Der Gerichtsschreiber Lehmann ist gestorben. Beim Amtsgericht in Posen. Der Hülfsarbeiter, Militäranwärter Schadler ist gestorben. Beim Amtsgericht in Schmiegel. Der Amtsrichter Reimann aus Lüben ist in gleicher Eigenschaft nach Schmiegel versetzt. Beim Amtsgericht in Wronke. Der Gerichts-Assessor Dr. Großmann aus Berlin ist zum Amtsrichter in Wronke ernannt.

⊙ **Naturwissenschaftlicher Verein der Provinz Posen.** Wie in den früheren Jahren werden auch in diesem öffentliche Vorträge im Naturwissenschaftlichen Verein gehalten, welche am 22. Januar beginnen. Eintrittskarten sind zum Preise von 0,5 M. in der Buchhandlung von Ernst Rehfeld zu erhalten. Von folgenden Mitgliedern sind Vorträge angemeldet: Herr Oberlehrer Dr. Kretschmer: Ueber Gesichtswahrnehmungen. Herr Dr. Landsberger: Schlafen und Wachen. Herr Gymnasiallehrer Dr. Pfuhl: Thierpflanzen und Pflanzenthiere. Herr Dr. Theile: Ueber Erdbeben. Herr Professor Dr. Szafarkiewicz: Einflüsse des baltischen Landrückens auf unsere Alluvial-Gebilde. Herr Oberlehrer Dr. Krug: Das Aufblühen der Naturwissenschaften im sechsten Jahrhundert.

— **Im deutschen Coppernicus-Vereine** in Thorn hielt am 14. d., laut der „Th. Ostd. Ztg.", Herr Dr. Lindau einen interessanten Vortrag über die Medizin zur Zeit des Coppernicus und die Thätigkeit des Coppernicus auf dem Gebiete der Heilkunde. Kurz vor der Zeit des Coppernicus war es, da die Heilkunde als Beruf erst wieder aufzuleben begann, nachdem sie bis dahin einzig und allein in den Händen quacksalbernder Mönche gelegen hatte. Anfangs des 15. Jahrhunderts hören wir von den ersten Berufsärzten im deutschen Ordenslande. Es wurde damals in Thorn, Danzig und Elbing je ein vereidigter Arzt angestellt. Die Aerzte jener Zeit unterlagen einer Reihe von beschwerlichen Gesetzesbestimmungen, so mußten sie z. B., wenn sie einen Kranken in Behandlung nahmen, unter Umständen eine Kaution stellen, die im Falle des Todes des Patienten verloren ging, überhaupt waren sie für den guten Ausfall der vorgenommenen Kuren in jeder Weise verantwortlich. Die Chirurgie lag in den Händen der Bader, deren Geschäft als unehrlich galt, weshalb auch die Berufsärzte sich von denselben gänzlich fern hielten. Mit Vermehrung der Hochschulen und der Abnahme der Ausübung der Heilkunde durch Mönche begannen die Verhältnisse sich allmählig zu bessern. In diese Zeit fiel das Leben und die Wirksamkeit des Coppernicus. Bei dem schon oben erwähnten Mangel an Aerzten im Ordenslande, wurde Coppernicus natürlich sehr begünstigt, als er von Bologna zurückgekehrt war. Er drang tiefer in die medizinische Wissenschaft ein, als dies unter den Aerzten seiner Zeit der Fall zu sein pflegte. Mit äußeren Uebeln beschäftigte er sich ziemlich wenig, ausgenommen mit Augenübeln, für welche er verschiedene Mittel verzeichnet hat. Auch einige Enthaarungsmittel hat er niedergeschrieben. Dagegen wendete er der Anatomie und der Chirurgie große Aufmerksamkeit zu, wenn er gleich weder die eine, noch die andere thatsächlich ausübte. Mittelst der Buchdruckerkunst war es damals leichter geworden, die Kenntniß von den Resultaten der Forschungen auf diesen Gebieten zu verbreiten. Am Meisten stützte sich Coppernicus bei seinen Studien auf Galen und die Araber. Galens Lehren beruhen zum großen Theil allerdings nur auf der Durchführung gewisser Theorien, statt auf Erfahrung. So sagt er z. B. an einer Stelle, das Fieber könne nicht durch Gerstenschleim geheilt werden, weil das Fieber ein Accidens sei, der Gerstenschleim aber eine Substanz und ein Accidens durch eine Substanz nicht heilbar sei. Nach dem Lateinischen giebt Coppernicus deutsche Namen für verschiedene Krankheiten. So übersetzt er Epilepsie mit „fallende Sucht", Apoplexie mit „Schlagfluß". Pneumonie nennt er ein „Geschwär auf der Lunge", ein Beweis, daß er bereits eine Ahnung davon hatte, daß die Schwindsucht eine allmählige Zerstörung der Lunge sei. Von den Arabern hatte Coppernicus die Neigung zur Anwendung möglichst kostbarer Mittel gegen die Krankheiten. So figuriren z. B. gebranntes Elfenbein, rothe Koralle und Bernstein als angebliche Heilmittel. Im Uebrigen bestehen die Heilmittel, welche in den Coppernicus-Rezepten sich finden, größtentheils aus Pflanzenstoffen, die sich in der modernen Heilkunde der Mehrzahl nach nicht wieder finden, da sie theils durch ihre Grundbestandtheile ersetzt sind, theils sich überhaupt nicht als heilkräftig bewährt haben. Die verschriebenen Arzneien mußten sich die Patienten gewöhnlich selbst bereiten da es Apotheken noch nicht gab, sondern höchstens hie und da sogenannte Arzneihändler, die zugleich Konditor und Weinhändler waren. Von dem Glauben seiner Zeit, daß die Gestirne von Einfluß auf Krankheiten und deren Heilung seien, war Coppernicus nicht frei. So theilte er insbesondere die Ansicht, daß die verschiedenen Zeichen des Thierkreises maßgebend seien für die Art und Weise des Aderlassens. Bezüglich der praktischen ärztlichen Thätigkeit des Coppernicus existiren gleichfalls einige Aufzeichnungen. So wird von einem Falle erzählt, in welchem er den Bischof Färber von Ermland behandelte. Der Bischof scheint nach den Mittheilungen, welche sich vorfinden, an sog. anomaler innerer Gicht gelitten zu haben. Ueber die Therapie des Coppernicus erfahren wird freilich Nichts. Dagegen wird mitgetheilt, daß der Bischof von den Kurerfolgen in hohem Grade zufrieden gewesen sei. Auch über einige andere Fälle der Heilthätigkeit des Coppernicus sind Aufzeichnungen vorhanden und ausdrücklich wird mitgetheilt, daß sein Ruf als Arzt weit über die Grenzen der ermländisen Diözese hinausgegangen sei.

r. **Der Landwehrverein** hielt am Montage im Lambert'schen Saale unter sehr zahlreicher Betheiligung seine erste diesjährige gesellige Zusammenkunft ab. Die Kapelle des Husaren-Regiments konzertirte dabei, und der Landwehr-Gesangverein trug mehrere Lieder vor. Kaufmann Kahlert hielt eine Ansprache, in welcher er auf die Kaiser-Proklamation zu Paris (18. Januar) und den letzten Ausfall von Paris hinwies, bei welchem das V. Armeekorps eine so hervorragende Rolle spielte. Zum Schluß brachte der Redner ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Anwesenden begeistert mit einstimmten. Die Zusammenkunft erreichte gegen Mitternacht ihr Ende.

Musikalisches. Wie wir vernehmen, haben wir Aussicht, die jetzt in Paris so gefeierte Violin-Virtuosin, Frl. Fernande Tedeska, welche Anfang April im königl. Opernhaus in Berlin spielt, im Laufe des Monat Februar auch bei uns zu hören. Sie macht ihre Tournée durch Norddeutschland mit dem beliebten Hofpianisten Herrn Leonhard Emil Bach.

r. **Dem Postdirektor Tischler** in Lissa (in der Provinz Posen, nicht Schlesien, wie der „Reichs-Anzeiger" angiebt), ist ebenfalls der Rothe Adlerorden IV. Klasse verliehen worden.

+ **Rogasen,** 17. Januar. [Sammlung für Oberschlesien. Dilettanten-Theater. Marktpreise. Sparkasse.] In voriger Woche wurde am hiesigen Orte von Seiten des vaterländischen Frauenvereins eine Sammlung für die nothleidenden Oberschlesier veranstaltet, welche ein mäßiges Resultat ergab. — Sonntag Abends 8 Uhr findet im Zerenze'schen Saale für Arme ohne Unterschied der Konfession ein Dilettanten-Theater von Seiten der Ressource statt. Der Eintrittspreis ist auf auf 1 Mark festgesetzt, ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen. — Beim letzten Wochenmarkt wurden folgende Preise erzielt: 100 Kilogr. Weizen 22,50 M., 100 Kilo Roggen 16 M., 100 Kilo Gerste 16 M., Hafer 13—14 Mark, Erbsen von 19,50—21 M., Kartoffeln 4—5 M., Stroh 3 M., Heu 4 bis 4,50 M., 1 Kilogr. Butter 2 M., 1 Schock Eier 3—3,50 M. — Die hiesige Sparkasse hatte am 31. Dezember eine Einnahme von 38,248 M. 48 Pf. aufzuweisen, während dagegen die Ausgaben 35,318 M. 4 Pf. betragen. Mithin ist in der Kasse ein Baarbestand von 2930 M. 44 Pf. vorhanden. — Am 10. Februar d. J. wird das Haupt-Quartal der in Rogasen existirenden Schmiede-, Schlosser- und Klempner-Innung abgehalten werden. Der Vorstand A. Donner und E. Drechsler ladet deshalb alle Meister dazu ein.

—z. **Schwerin a. W.,** 17. Januar. [Ueberfahren.] Am 16. d. M. Nachmittags wurde die 10 Jahr alte Tochter des hiesigen Fuhrmanns Müller in der Töpferstraße von einem Lastfuhrwerk des Dominiums Gray überfahren und erlitt hierbei so erhebliche innere Verletzungen, daß sie schon nach einer Stunde den Geist aufgab. Das Fuhrwerk soll, dem Vernehmen nach, allen polizeilichen Anordnungen zuwider, im kurzen Trabe durch die erwähnte Straße gefahren sein und das Unglück sich dadurch ereignet haben, daß das Kind vor dem Fuhrwerk die Straße quer passirte, um nach einer Seitenstraße zu gelangen. Der fahrlässige Wagenlenker ist bereits zur Haft gebracht und dürfte wohl einer strengen Bestrafung nicht entgehen, was den Berufsgenossen desselben zur Warnung dienen könnte, da es gar nicht zu den Seltenheiten gehört, daß hintereinander fahrende Dominialfuhrwerke es einander an schnellem Fahren zuvorthun wollen.

∾ **Wronke,** 17. Januar. [Sparkassenstatut. Tollwuth. Ein wilder Stier.] In der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten wurde das von der Kommission ausgearbeitete städtische Sparkassenstatut vorgelesen und besprochen, und nach Abänderung einzelner Paragraphen endgültig beschlossen, der königl. Regierung das Statut zur Bestätigung zu übersenden. — Am 13. d. Mts. wurde hier vom Brückenaufseher Schellmann ein herrenloser Hund erschossen, der, wie sich durch Untersuchung vom Kreisthierarzt herausstellte, an der Tollwuth krank gewesen war. Polizeilicherseits wurde deshalb die Hundesperre auf drei Monate angeordnet. — Auf der Feldmark Samość, dicht an der Chaussee waren am 14. d. viele Personen beschäftigt, einen wild gewordenen Stier einzufangen, ohne jedoch irgend welchen Erfolg zu erzielen. Es war bereits beschlossen, um Unglück zu verhüten, die wilde Bestie todt zu schießen, der Schütze auch schon zur Stelle; als noch zur rechten Zeit unser Bürgermeister erschien, durch dessen Anordnung das Thier zum Fallen gebracht wurde. Schnell zog man ihm einen Ring durch die Nase und im Triumph gings in die Stadt hinein.

○ **Janowitz,** 17. Januar. [Unglücksfall.] Folgender trauriger Vorfall ereignete sich vor einigen Tagen in dem 3 Kilometer von hier entfernten Dorfe K. Graf v. P. beschäftigt in seinem 800 Morgen großen Walde die Waldwärter B. u. G. Vor Kurzem kaufte G. einen Revolver in Gnesen, brachte denselben nach Hause, lud und da der Revolver sich nicht entladen wollte, so ging er zu B. und fragte diesen um Rath. Da auch dieser ihn nicht abschießen konnte, so legte er denselben auf den Tisch. Nach einigen Stunden nahm ihn G. in die Hände und drehte so lange, bis der Schuß losging und unglücklicherweise den B. in den rechten Arm traf. B. wurde sofort auf einen Wagen gelegt und nach Gnesen in das Krankenhaus gebracht. Wie man hört, soll es dem B. schon etwas besser gehen.

□ **Meseritz,** 17. Januar. [Versuchter Selbstmord. Gerettet. Vertretung. Bevölkerungszahl.] Vorgestern wurde der hiesige Postbote P. wegen Unterschlagung im Amte verhaftet. Auf seinem Transport nach dem Gefängnisse sprang er, auf der in der hiesigen Stadt belegenen Packlitzbrücke angelangt, plötzlich zur Seite und über das Brückengeländer in den Fluß, dessen starke Strömung ihn fast in das nahe gelegene Mühlwerk getrieben, wenn nicht die Transporteure ihn schnell noch wieder herausgeholt hätten. Das kalte Bad soll ihm weiter nicht viel geschadet haben, denn wie verlautet, erlangte er bald die Besinnung wieder und befindet sich außer Lebensgefahr. — Heut Nachmittag fiel an der auf der Schwiebuser Chaussee belegenen Brücke unweit der Stadt ein siebenjähriger Knabe in den Packlitzfluß, wurde aber von schnell Hinzugeeilten noch lebend wieder herausgeholt. — Die Verwaltung des hierselbst durch den Tod des Distrikts-Kommissarius Consbruch erledigten Distriktsamts ist seitens der königlichen Regierung dem Regierungs-Diätar Herrn Püschel übertragen worden. — Die Bevölkerungszahl unserer Stadt ist nach der letzten Volksbuchberichtigung im vorigen Jahre um 157 Personen gewachsen und beträgt jetzt 4973 Seelen, wovon 3406 der evangelischen, 1199 der katholischen Religion und nur 368 dem Judenthum angehören.

§ **Schrimm,** 18. Jan. [Bildungsverein.] Gestern hielt im hiesigen Bildungsvereine der Mechaniker Förster aus Posen einen Vortrag über „die Anwendung der Elektrizität zum Maschinenbetriebe". Der Vortragende wies auf die alten Griechen hin, denen die Elektrizität schon bekannt war, sowie auf die anziehende und abstoßende Kraft der Elektrizität und ging auf den Galvanismus über, durch welchen Oehrstädt die Ablenkung der Magnetnadel gelang, die damals zu großen Hoffnungen Veranlassung gab, indem man glaubte, endlich das Perpetuum mobile zu finden. Wenngleich Jakobi in Königsberg ein

Schiff baute, welches er mit 12 Personen bemannte und durch Elektromagnetismus in Bewegung setzte, so scheiterte die weitere Verwendung doch an dem großen Kostenpunkte, welcher das 20fache des Dampfes betrug. Ein wirklicher Fortschritt ist erst im vergangenen Jahre auf der berliner Gewerbeausstellung durch Siemens und Halske gezeigt worden, wo dieselben mittelst der Dynamo-Elektrizität einen kleinen Eisenbahzug in Bewegung setzten, welcher mit 24 Personen beladen war, eine Leistung, die im Verhältniß zu der kleinen dazu gehörigen Maschine eine wahrhaft großartige zu nennen ist. Der Vortrag wurde durch die Vorführung eines großen Elektromagneten, welcher beinahe 2 Zentner trug, einiger elektrischer Motore, einer elektrischen Eisenbahn, die für die bromberger Ausstellung bestimmt ist, und vieler anderer Experimente, von denen auch nicht eins versagte, erläutert. Herr Förster verstand es, die aus mehr als 150 Personen bestehende Versammlung durch seinen ebenso interessanten wie lehrreichen Vortrag bis zum Schlusse zu fesseln.

Σ **Schwerin a. W.**, 15. Januar. [Feuer.] Am 13. d. M., Abends 9 Uhr, brach in der Verleimung der Leistenfabrik auf der hiesigen Dampfmühle plötzlich Feuer aus, welches das ganze Etablissement zu zerstören drohte. Der angestrengten Thätigkeit der schweriner Feuerwehr, die in gewohnter Weise schnell und vollzählig zur Stelle war, gelang es nach dreistündiger Arbeit, den Brand auf den ursprünglichen Heerd zu beschränken, so daß die Hälfte der Fabrik, namentlich Schneidemühle und Maschinenhaus, stehen geblieben sind. Trotzdem werden leider einige 50 Familien vorläufig brodlos. Der zeitige Besitzer ist zwar versichert, aber es erwächst ihm doch ein großer Schaden durch den Stillstand der Fabrik, da dieselbe wegen ihrer vorzüglichen Leistungen mit Aufträgen auf lange Zeit hinaus versehen war. Abgeschätzt ist der Verlust gegen 50,000 M.

§ **Wreschen**, 16. Januar. [Rittergutskauf. Stadthaushaltetat. Fleischschaustatistik. Verschiedenes.] Das in der Ortschaft Sędziewojewo belegene, im Grundbuch der Rittergüter auf den Namen des Julian v. Bukowiecki eingetragene Rittergut nebst den zugeschriebenen bäuerlichen Grundstücken, welches mit einem Flächeninhalte von 487 Hektaren, 30 Aren, 78 Quadratmetern der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 7451 Mark 49 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 720 M. veranlagt, ist am 12. im Wege der nothwendigen Subhastation von dem Privatier Lüdemann für 230,000 Mark erstanden worden. Zu bemerken ist, daß v. Bukowiecki das Rittergut vor etwa 6 Jahren für 351,000 Mark gekauft hat. — Der Stadthaushalt-Etat der hiesigen Stadt hat für das Jahr 1880—81 folgende Einnahmen aufzuweisen: An beständigen und unbeständigen Gefällen 363 Mark, für Nutzung städtischer Rechte 531 M., Einnahmen von kleineren Erwerbsquellen und vom Grundbesitz 1695 M. 50 Pf., an Zinsen von aktiven Kapitalien 90 M., an Steuern 15445 M. 33 Pf., aus dem Titel Insgemein 680 M., zum Armenfonds 315 M., an Amortisation und Zinsen von Darlehen aus der Provinzial-Hülfskasse behufs Forderung zu Häuserbauten 6656 M. 6 Pf., an Durchlaufendem und Einnahmen von Servis 111 M. Die Ausgaben betragen: an Kosten der allgemeinen Verwaltung 7331 M., zu Bauten und Reparaturen 640 M., zur Armen- und Krankenpflege 3825 M. 37 Pf., an öffentlichen Lasten und Abgaben 5352 M. 93 Pf., an öffentlichen Bedürfnissen 492 M. 50 Pf., für Kosten der öffentlichen Sicherheit 654 M., für Titel Insgemein 682 M., für Einquartirungs- und Marschverpflegungskosten 134 M., Durchlaufendes aus Tit. V., X., XII. der Einnahmen 6777 M. 9 Pf. — Nach Ausweis der Schlachtbücher hat der Fleischbeschauer Chirurg Scholtz im verflossenen Jahre 905 Schweine auf Trichinen untersucht, wovon 19 trichinös und 12 finnig waren. Von den untersuchten Schweinen waren 7 nicht versichert, die anderen Schweine waren theils in der schlesischen theils in der braunschweiger Trichinen-Versicherungs-Gesellschaft versichert. Ein anderer Fleischbeschauer (Restaurateur) hat im verflossenen Jahre 120 Schweine untersucht, von denen 3 trichinös waren und waren sämmtliche Schweine bei der deutschen Trichinengesellschaft zu Hannover versichert. — Die Einschätzung zur Klassensteuer auf das Jahr 1880—81, welche 7 Tage hindurch die Kommission in Anspruch genommen, ist jetzt beendet. Die Gebäudesteuerheberolle der hiesigen Stadt für die Zeit vom 1. Januar bis ult. März liegt im hiesigen Magistratsbureau zur Einsicht aus und schließt mit 1209 ab. — Nach einer Bekanntmachung des königl. Distrikts-Kommissarius Walther ist in Slomowo ein Hund von Sobiesiernie zugelaufen, welcher, nachdem er mehrere Hunde gebissen hatte, getödtet worden ist. Da bei diesem Hunde Tollwuth festgestellt worden, so müssen sämmtliche Hunde in den Ortschaften Slomowo, Neuvorwerk, Poln.-Psary, Psary-Hauland, Sokolowo und Ostrowo-Adlich auf die Dauer von 3 Monaten an die Kette gelegt werden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis 150 M. oder Haft bestraft.

u. **Rawitsch**, 16. Januar. [Krankenpflege. Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Aus dem siebenzehnten Jahresberichte der hiesigen St. Elisabeth-Wohlthätigkeits-Anstalt, genannt die „grauen Schwestern", entnehmen wir Folgendes. Im verflossenen Jahre sind von qu. Anstalt aus 134 kranke Personen verpflegt worden. Der Konfession nach waren darunter 41 Katholische, 76 Evangelische und 17 Jüdische. Mit dieser Pflege waren 678 Tages- und 485 Nachtwachen verbunden. Mehreren armen Kranken wurde auch Essen verabfolgt. — In der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. der ersten in diesem Jahre, wurden die neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten durch Herrn Bürgermeister Weissig eingeführt. Das Kollegium, das 24 Mitglieder zählt, ist seit längerer Zeit wieder vollzählig. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß im verflossenen Geschäftsjahre 9 Sitzungen abgehalten wurden, in denen 83 Vorlagen zur Erledigung kamen. Die Betheiligung daran war eine recht rege, da durchschnittlich 81 pCt. der Stadtverordneten an den Versammlungen Theil nahmen. Der alte Vorstand wurde fast einstimmig wiedergewählt und zwar Fabrikbesitzer Linz als Vorsteher, Kommerzienrath Pollack als Stellvertreter und Kaufmann Belka als Schriftführer.

—z. **Schwerin a. W.**, 16. Januar. [Feuer.] Am 13. Abend um 9 Uhr brach auf der ca. ¼ Meile von hier entfernten Dampfschneidemühle des Herrn Fähndrich Feuer aus. Die städtische Feuerwehr eilte sogleich mit mehreren Spritzen zur Brandstelle; auch trafen alsbald aus den umliegenden Ortschaften, wo der hochaufsteigende Feuerschein bemerkt worden war, einige Spritzen ein, deren vereinter Thätigkeit es gelang, das Hauptetablissement, die eigentliche Dampfschneidemühle, zu schützen; dagegen wurden die Werkstätten der Goldleistenfabrik mit den Vorräthen und Utensilien derselben ein Raub der Flammen. Ueber die Entstehungsursache des Feuers hat sich bisher nichts ermitteln lassen. Die sämmtlichen Baulichkeiten sind bei der Stettiner National-Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert. Die Leistenfabrik hat bisher eine größere Anzahl von Arbeitern und Handwerkern beschäftigt und einen ziemlich umfänglichen Export nach England und Italien betrieben.

Bromberg, 17. Januar. [Zur Provinzial-Gewerbe-Ausstellung.] Im ganzen Ausstellungsbezirke entwickelt sich sowohl unter den verschiedenen Komite's wie unter den Einzelausstellern eine erfreulich rege Thätigkeit, welche ihre nothwendige Ergänzung in eingehenden Verhandlungen mit dem hiesigen Ausstellungs-Komite findet. In der Sitzung desselben vom 13. war bereits ein Delegirter des Posener Lokalkomite's, Baurath Grüder, erschienen um eingehend über die sehr lebhafte Betheiligung Posens zu berichten. Das Ausstellungskomite will den Wünschen einzelner Aussteller hinsichtlich geeigneter Vertretung, soweit thunlich, entgegenkommen und wird für die strengste Ordnung und Bewachung in jeder Weise Sorge tragen. Ebenso läßt es sich ganz besonders die Erleichterung des Transportes angelegen sein. Wenn es unmöglich sein sollte, einen Schienenstrang bis in den Ausstellungsraum zu führen, so soll Vorsorge getroffen werden, daß die Güter nur eine ganz kurze Strecke auf der direkt zum Ausstellungsplatz führenden Chaussee zu transportiren sind. Den Kollektivausstellungen, welche namentlich für den kleineren Gewerbtreibenden so außerordentlich vortheilhaft sind und nicht dringend genug empfohlen werden können, wird besondere Beachtung und bei den Arrangements hilfreiche Hand geboten. So finden die dankenswerthen Bemühungen der verschiedenen Lokalkomite's nach jeder Hinsicht seitens des Ausstellungskomite's Berücksichtigung, und daraus ist auch erklärlich, daß überall sich die Theilnahme mehrt. Die Anmeldungen in Danzig werden am 19. geschlossen, am 20. d. M. findet daselbst noch eine Versammlung der Aussteller statt und sind bereits Delegirte derselben hier für den 21. d. M. avisirt. Einzelne Kommissions- wie Gruppensitzungen finden schon jetzt in dem ständigen Bureau der Gewerbe-Ausstellung, Wilhelmstraße 10, statt, woselbst auch der Schriftführer von 11—12 Uhr Vormittags und von 3—5 Uhr Nachmittags mündlich Auskunft über alle Ausstellungsangelegenheiten giebt und Anmeldungen entgegennimmt. Der Ausstellungsplatz selbst wird bereits planirt und mit der Fundamentirung des Hauptgebäudes ist begonnen worden. Dasselbe wird nach dem vorliegenden Bauplane in der Mitte des Ausstellungsplatzes parallel mit der danziger Chaussee errichtet, an welcher sich das Hauptportal der Eingänge befindet. Vor dem Gebäude sind ebenso wie hinter demselben in einem Halbkreise Gartenanlagen mit Springbrunnen projektirt.

Gestern fand im Saale des Hotel Royal unter dem Vorsitz des Herrn Budtke eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Gewerbetreibenden statt, welche über verschiedene die Gewerbeausstellung betreffende Fragen beriethen. Ueber die Wege, welche einzuschlagen wären, um namentlich dem weniger bemittelten Kleinbetriebe die Ausstellungskosten zu vermindern, ohne daß die Ausstellungsgegenstände in der vortheilhaften Präsentation beeinträchtigt würden, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in welcher zunächst auf die Vortheile der Kollektiv-Ausstellungen hingewiesen und darauf auch besonders die Vereinigung einer Anzahl kleinerer Gewerbtreibender einer Branche zur Herstellung geeigneter Spinde, Schaukästen, Dekorationen ꝛc. hervorgehoben wurde. Die Platzmiethe resp. allgemeinen Unkosten werden dadurch für die einzelnen Theilnehmer geringer, während die Dekoration der Gegenstände würdiger und einheitlicher ausfällt. Es machte sich überhaupt aus der Versammlung der Wunsch geltend, für die Ausstellungsspinde und Kästen in Farbe und Stil möglichste Gleichartigkeit herbeizuführen, was mit Hinweis auf die Thätigkeit der bereits organisirten Gruppenvorstände auch in Aussicht gestellt wird. Nachdem der Vorsitzende noch verschiedene statistische Mittheilungen über die bromberger Gewerbe-Ausstellung von 1868 gemacht hatte, wurde ein Antrag des Herrn Kühl angenommen, bei dem Magistrat zu petitioniren, daß seitens der Stadt Mittel bereitgestellt würden, um unbemittelten Handwerkern durch eine vorschußweise Unterstützung die Beschickung der Ausstellung zu ermöglichen. (Brb. Ztg.)

Landwirthschaftliches.

≃ **Schneidemühl**, 18. Januar. [Landwirthschaftlicher Verein.] Am 12. d. tagte in dem Markwald'schen Lokale hierselbst der hiesige landwirthschaftliche Verein. Der Vorsitzende, Gutsbesitzer Neumann zu Wilhelmshöhe, eröffnete die Sitzung und machte zunächst die Anwesenden mit einem Anschreiben des Vorstandes des landwirthschaftlichen Provinzialvereins für Posen, betreffend die vom 28. bis 30. Mai cr. beabsichtigte landwirthschaftliche Provinzial-Ausstellung zu Bromberg bekannt, theilte ferner mit, daß das Ausstellungs-Komite beschlossen habe, zur Deckung der Kosten der Ausstellung, falls die demselben bis jetzt zur Verfügung stehenden und noch zufließenden Mittel nicht ausreichen sollten, einen Garantiefonds durch freiwillige Zeichnungen namentlich von landwirthschaftlichen Vereinen zu begründen und beantragte, aus der Vereinskasse hierzu 100 M. zu bewilligen, welcher Antrag auch angenommen wurde. Gleichzeitig wurden einige Programme für die Ausstellung an die Mitglieder vertheilt. — Hierauf kam ein Schreiben des Landwirthschaftslehrers Pflücker aus Posen zur Verlesung, in welchem derselbe anzeigt, daß er am 23. d. M. in dem an diesem Tage zu Schönlanke tagenden landwirthschaftlichen Vereine des Kreises Czarnikau einen Vortrag halten werde und sich deshalb bereit erkläre, am Tage vorher oder nachher einen solchen in dem hiesigen Vereine zu halten und zwar über das von dem Vorsitzenden in Vorschlag gebrachte Thema: „Wie sind die Milchereiprodukte (Rohprodukte) von kleineren Wirthen, die nicht in der Lage sind, dieselben direkt abzusetzen, anderweitig am vortheilhaftesten zu verwerthen?" Das Anerbieten wurde mit Freuden akzeptirt und deshalb beschlossen, die Februarsitzung auf Sonnabend, den 24. d. M. zu verlegen. — Sodann machte der Vorsitzende einige Mittheilungen über die Vorträge, welche in der letzten Sitzung des landwirthschaftlichen Zentralvereins für den Netzedistrikt über die „Fischbrutanstalt" zu Bromberg und den „Dampfpflug" gehalten worden sind und stellte darauf die von dem Zentralverein an die Kreisvereine gerichtete Frage: „Ist die Schutzpockenimpfung bei Schafen ganz zu verbieten oder zwangsweise einzuführen?" zur Debatte. Dieselbe war äußerst lebhaft und die Meinungen betreffs der zwangsweisen Einführung der Pockenimpfung waren getheilt. Gutsbesitzer Kujath zu Usch-Neudorf ist der Ansicht, daß man nicht eher zu impfen brauche, als bis die natürlichen Pocken in dem Orte oder der eigenen Heerde ausgebrochen seien, jedoch stets nur mit guter Lymphe, da bei schlechter Lymphe die Verluste, wenn gleichzeitig die natürlichen Pocken ausbrechen, ganz enorme seien. So habe er im Jahre 1878, als unter seiner Heerde die Pocken ausbrachen und er dieselben hatte impfen lassen, von 1000 Schafen, da die Lymphe keine gute gewesen sei, 20 pCt. verloren. Andere Stimmen wünschten absolut die zwangsweise Pockenimpfung; doch kam man einstimmig dahin überein, daß eine zwangsweise Einführung der Pockenimpfung immer besser sei, als ein Verbot derselben. Gutsbesitzer Otto zu Klappstein betonte, daß der Pockenstoff aus einer Heerde in die andere namentlich durch den Kleinhandel und durch die Schafe der Dienstleute, welche dieselben gewöhnlich aus Schäfereien bezögen, in denen Impfungen nie stattfänden, übertragen werde und es deshalb gerathen erscheine, den Schäfern und anderen Dienstleuten das Halten von Schafen nicht zu gestatten. Schließlich stellte Gutsbesitzer Kujath den Antrag, den Vorstand des landwirthschaftlichen Zentralvereins zu ersuchen, bei der Staatsbehörde dahin vorstellig zu werden, daß zur Beschaffung guter und frischer Lymphe, womöglich in jeder Provinz eine Pockenlymphstation unter Aufsicht des Staates errichtet werde. — Hinsichtlich der Anbringung von Schutzmänteln bei landwirthschaftlichen Maschinen sprach sich die Versammlung dahin aus, daß sich eine bestimmte Grenze zu dieser Pflicht nicht ziehen lasse, eine Beschränkung müsse sie immer haben. — Das Bauen von Gerste nach Kartoffeln unter Anwendung von Superphosphat und Chilisalpeter als Düngemittel habe nach eigener Anschauung des Vorsitzenden verschiedene Resultate erzielt. Ein Versuch innerhalb des diesseitigen Vereins sei damit noch nicht gemacht. — Der Vorschlag des Lehrers Leonhard, die Mitglieder des hiesigen Bienenzuchtvereins unter gewissen Modalitäten an den Sitzungen des landwirthschaftlichen Vereins Theil nehmen zu lassen, wurde bereitwilligst aufgenommen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch die Mittheilung, daß der Kongreß deutscher Landwirthe Ende künftigen Monats in Berlin zusammentrete.

r. Generalversammlung des posener Vereins der Fortschrittspartei.

Der Verein der deutschen Fortschrittspartei hielt am 19. dieses Mts. im Handelssaale seine ordentliche Generalversammung ab. Nachdem der Vorsitzende, Bürgermeister Herse, dieselbe eröffnet hatte, verlas Kaufmann H. Meyer den Jahresbericht pro 1879, dem Folgendes zu entnehmen ist: Der Verein wurde i. J. 1879 ins Leben gerufen, indem die Unzufriedenheit der liberalen Wähler mit der Wirksamkeit des deutschen Wahlvereins, welcher zu sehr dem konservativen Einflusse unterlag, einige Anhänger der Fortschrittspartei veranlaßte, die Gründung eines fortschrittlichen Vereins zu versuchen. Der öffentlichen Einladung folgten zur ersten Versammlung ca. 80 Personen, welche die Herren: Bürgermeister Herse, Justizrath Tschuschke, Ad. Kantorowicz, A. Ziegler, Dr. Friedländer mit der Ausarbeitung eines Statuts beauftragten, das mit kleinen Abänderungen in der Versammmlung am 3. Februar v. J. zur Annahme gelangte. In den Vorstand wurden außer den Genannten noch zwei Mitglieder, darunter Herr H. Meyer, gewählt. Der Vorstand konstituirte sich in der Weise, daß Bürgermeister Herse zum Vorsitzenden, Justizrath Tschuschke zum Stellvertreter gewählt wurde. Nach dem Ausscheiden des 7. Vorstandsmitgliedes übernahm Herr H. Meyer, der Schatzmeister des Vereins, provisorisch auch das Schriftführeramt. Der Vorstand hat im Laufe d. J. 15 Sitzungen abgehalten. Es fanden 18 Vereins-Versammlungen statt, in denen 7 öffentliche Vorträge gehalten wurden, und zwar von den Herren H. Meyer, Prof. Günther (Nürnberg), Stadtverordneter Mamroth (Berlin), den Abg. Eugen Richter, Stadtrath Zelle und Professor Hänel, ferner vom Rektor Gericke. Außerdem wurden innerhalb des Vereins von Vereinsmitgliedern 4 Referate gehalten, welche den Zweck hatten. den Vereinsmitgliedern Gelegenheit zur Diskussion über Tagesfragen zu geben. Zur Benutzung für die Mitglieder ist eine Vereinsbibliothek gegründet worden, deren Verwaltung Herrn A. Ziegler übertragen ist; auch wurden zahlreiche Broschüren politischen und volkswirthschaftlichen Inhalts an die Mitglieder ꝛc. verkauft. Die Mitgliederzahl betrug am Ende v. J. 191, eine verhältnißmäßig bedeutende Anzahl in Anbetracht der großen Theilnahmlosigkeit am politischen Leben, welche im letzten Jahre in unserer Stadt vorherrschend war. Die Aufgabe des Vereins, seine Thätigkeit auf politische und kommunale Wahlen zu erstrecken, trat an ihn durch die vorjährigen Landtagswahlen in hervorragender Weise heran. Der Verein trennte sich dabei von dem bisher dominirenden Wahlverein, strebte dagegen ein gemeinsames Vorgehen an; da jedoch die von der Wahlversammlung der Fortschrittspartei beschlossene Resolution von der nationalliberalen Partei nicht in allen Punkten angenommen wurde, so konnte schließlich nur ein Kompromiß in einzelnen Wahlbezirken zu Gunsten der liberalen Sache erzielt werden Nachdem die Wähler durch Vorträge der oben genannten Abgeordneten der liberalen Sache günstig gestimmt worden waren, gelang es, Dank vornehmlich der unermüdlichen Thätigkeit der Vertrauensmänner, bei den Wahlen einen entscheidenden Sieg davonzutragen. Professor Hänel lehnte jedoch die auf ihn gefallene Wahl aus bekannten Gründen ab, und nun wurde dem Bürgermeister Herse das Mandat offerirt; derselbe erklärte jedoch wiederholt, ein solches mit Rücksicht auf seine kommunale Thätigkeit nicht annehmen zu können. Nachdem ebensowenig die Verhandlungen mit Direktor Dr. Meffert und Justizrath Freund in Breslau zum Ziele geführt hatten, wurde vom Vorstande des Vereins das Mitglied Herr H. Meyer zur mündlichen Berathung mit dem Central-Wahlkomite behufs Ermittelung eines geeigneten und den Wahlmännern genehmen Kandidaten nach Berlin gesandt. Die Verhandlungen führten dahin, daß Stadtrath Zelle in Berlin als Kandidat aufgestellt wurde; derselbe vereinigte bei der Wahl auf sich die fortschrittlichen und nationalliberalen Stimmen und wurde bekanntlich zum Abgeordneten gewählt. Der Vorstand glaubt sich durch das bisherige Auftreten des Abgeordneten der Stadt Posen zu der Annahme berechtigt, daß er in dem Stadtrath Zelle eine glückliche Wahl getroffen, und daß derselbe sich in Uebereinstimmüng mit seinen Wählern befinde. — Herr H. Meyer erstattete ferner den Kassenbericht für d. J. 1879. Der Verein hattte am Schlusse d. J. 191 Mitglieder. Die Einnahme betrug 469 Mk. aus den Jahresbeiträgen; außerdem wurden zu Wahlzwecken durch freiwillige Beiträge theis von Mitgliedern des Vereins, theils von anderen Freunden der Partei 812 Mk. beigesteuert; der Erlös aus Broschüren und Flugblättern ergab ein eEinnahme von 42 Mk., so daß die Gesammt-Einnahme 1323 Mk. betrug. Die Gesammt-Ausgabe belief sich auf 1354 M. überstieg demnach die Einnahme um 31 M.; dieses Defizit ist jedoch bereits aus den Beiträgen pro 1880 gedeckt. Die Wahlkosten betrugen beinahe 1000 Mk. Da für das laufende Jahr keine außergewöhnlichen Ausgaben bevorstehen, werden demnach die Einnahmen aus den laufenden Beiträgen ausreichen. Wünschenswerth wäre es jedoch, nach und nach einen Fonds anzusammeln, um bei künftigen Wahlen mit pekuniären Mitteln genügend versehen zu sein. Da gegenwärtig die Partei hier kein Zeituggsorgan besitzt, so würde bei der künftigen Wahlagitation die Fühlung mit den Wählern durch zahlreiche Flugblätter aufrecht zu erhalten sein. Zur Revision der Rechnung wurde von der Versammlung eine aus den Herren Baubank-Direktor C. Meyer und Dr. Fink bestehende Kommission gewählt, mit der Ermächtigung, event. die Decharge zu ertheilen. — Die Versammlung schritt alsdann zur Wahl des Vorstandes für das neue Vereinsjahr, nachdem sie zuvor auf Antrag des Kaufmanns S. Lichtenstein dem bisherigen Vorstand ihren Dank für die umsichts- und mühevolle Leitung des Vereins durch Aufstehen zu erkennen gegeben. Es werden mit 53—56 Stimmen gewählt, resp. wiedergewählt: Bügermeister Herse, Dr. Friedländer, Hutmacher Ziegler, Kaufmann H. Meyer, Kaufmann Ad. Kantorowicz, Rentier Ferd. Schmidt, Kaufmann Ed. Lange. — Letzter Gegenstand der Tagesordnung war: „Etwaige Anträge aus der Mitte der Versammlung." Einer der Anwesenden wies auf die gegenwärtigen Preßverhältnisse in unserer Stadt hin, hob hervor, daß die hiesige Fortschrittspartei gegenwärtig kein eigenes Organ mehr besitze, und erkennt an, daß die nationalliberale „Posener Zeitung", neuerdings sowohl die Opposition gegen die Schwesterpartei eingestellt habe, als auch eine Berliner Korrespondenz von fortschrittlicher Seite (vom Abg. Parisius) bringe. Da aber diese Korrespondenz der in fortschrittlichen Kreisen viel gelesenen „Posener Zeitung" vornehmlich parlamentarische Angelegenheiten behandle, und wenig über die Anschauungen und die Stellung der Fortschrittspartei zu den Tagesfragen bringe, so werde es wünschenswerth sein, daß diese Lücke ausgefüllt. Es möge demnach der Vorstand des Vereins an die „Posener Ztg." das Ersuchen richten, von Zeit zu Zeit auch Leitartikel von fortschrittlicher Seite, am besten aus der Eugen Richter'schen politischen Korrespondenz, aufzunehmen. Ein zweiter Wunsch betreffe die Parteiverhältnisse in der Provinz, die sich in neuerer Zeit in Folge der „konservativen Strömung" zu Ungunsten der liberalen Sache, wie dies auch das Resultat der letzten Wahlen ergeben habe, geändert haben. Da nun zu befürchten sei, daß durch das Eingehen des bisherigen fortschrittlichen Organs einerseits und das Auftauchen des konservativen Organs andererseits die konservative Strömung in der Provinz noch zunehmen werde, auch bereits mit der Gründung von konservativen Vereinen begonnen worden sei (z. B. in Obornik), so sei eine straffere Konsolidirung der Liberalen in unserer Provinz wünschenswerth; es werde sich daher empfehlen, wenn der Vorstand mit einzelnen Parteigenossen in der Provinz in Verbindung trete und vielleicht noch im Laufe dieses Winters einen Provinzialparteitag berufe, um bei dieser Gelegenheit die Mittel zu erwägen, wie man eine straffere Konsolidirung der liberalen Elemente ermögliche. Beiden Wünschen, sowohl in Betreff der „Posener Ztg.", wie in Betreff des zu berufenden Parteitages, schloß sich die Versammlung einstimmig an. — Damit war die Tagesordnung nach einstündiger Dauer der Versammlung gegen 9½ Uhr Abends erledigt.

Vermischtes.

* Es dürfte für unsere Leser interessant sein, bei Gelegenheit des Ordensfestes an einige Vorfälle aus der Geschichte des Schwarzen Adlerordens, dieses höchsten Ordens zu erinnern, den der Träger der preußischen Krone zu vergeben hat. Daß nur Leute von ganz besonderen Verdiensten den hohen Orden erhalten, ist bekannt, nicht so, daß im vorigen Jahrhundert mehrere dieser verdienten Leut die Auszeichnung schon bei Lebzeiten wieder verloren, und ebenso weni

dürfte man wissen, daß ein Ritter sein Ende auf dem Schaffot gefunden hat. Dieser letztere war der Freiherr v. Schlitz, genannt v. Görtz, herzoglich holsteinischer Geheimer Rath, der im Jahre 1713 mit dem Orden dekorirt, im Jahre 1719 aber enthauptet wurde. Er stand zuerst als Geheimer Rath und Hofmarschall im Dienste des Herzogs Christian August von Holstein, wurde dann aber von König Karl XII. nach Stockholm gezogen und mit hohen Staatswürden bekleidet. Zuletzt stand er an der Spitze der Staatsverwaltung. Carls Tod vor Friedrichshall änderte sein Schicksal auf eine fürchterliche Weise Er wurde verhaftet, nach einem kurzen Prozeß aller Würden verlustig erklärt und am 18. Februar 1719 enthauptet. „Mors regis, fides in regem est mea mors!“ lautet die Grabschrift, die er sich wenige Augenblicke vor seiner Hinrichtung aufgesetzt hatte. Unter Friedrich dem Großen verloren bei Lebzeiten vier Ritter ihren Orden. Graf Erdmann v. Henckel, freier Standesherr zu Beuthen, Oberamts-Regierungs-Präsident in Oppeln, welcher am 27. Mai 1743 die Auszeichnung erhalten hatte, wurde am 21. April 1745 derselben wegen Landesverrätherei „für sich und seine männlichen Descendenten“ durch richterlichen Spruch verlustig erklärt und sein ererbtes Wappen öffentlich kassirt und durch den Scharfrichter zerbrochen. Der Bischof von Breslau, Fürst v. Schaffgotsch, verlor den Orden 1757, nachdem er denselben am 19. Jan. 1749 vom König empfangen hatte, aller Wahrscheinlichkeit ebenfalls wegen Landesverrath während des siebenjährigen Krieges. Endlich wurden zwei höhere Offiziere bei Lebzeiten der Dekoration für verlustig erklärt auf Grund des § XXXI. der Statuten, welcher lautet: „Daferne auch, über alles Verhoffen, einer oder ander von den Rittern dieses Ordens sich dergestalt vergessen und übel verhalten sollte, daß er dem gantzen Orden ein Aergerniß und Schandfleck geben würde; So soll darüber ebenfalls von einem gesammten Ordens-Capitul geurtheilt, dem Verbrecher gehörige Strafe zuerkannt, und gestalten Sachen nach, bis zur wirklichen Abnehmung des Ordens geschritten, absonderlich aber derjenige in dem Orden nicht geduldet, sondern dessen wieder beraubt werden: Welcher sich als einen Gottes-Lästerer und Atheisten aufgeführet; Des Criminis Laesae Majestatis schuldig geworden; In einer Kriegs-Begebenheit schändlich durchgegangen; Oder sonst wider Ehre, Pflicht und Gewissen gehandelt“. Diesem Paragraphen zum Opfer fielen Generallieutenant August v. Finck und Generallieutenant Ludwig v. Stutterheim. Der erstere, der sich 1759 bei Korbitz in Sachsen besonders ausgezeichnet und vom Könige dafür mit dem Schwarzen Adler-Orden dekorirt worden war, hatte im Jahre darauf das Unglück, daß er sich bei Maxen nach verzweifelter Gegenwehr mit 8 Generalen und 14,000 Mann dem weit überlegenen Feinde ergeben mußte. Er blieb bis zum Hubertsburger Frieden in Gefangenschaft; wurde nach seiner Befreiung zu Berlin durch ein Kriegsgericht unter dem Vorsitz des General Zieten kassirt, seiner Orden verlustig erklärt und ein Jahr lang in der Festung Spandau gefangen gehalten. 1764 kam er wieder in Freiheit und trat in dänische Dienste. 1766 starb er zu Kopenhagen als General der Infanterie. Noch unglücklicher war Generallieutenant Ludwig v. Stutterheim, der jüngere, in Magdeburg. Er behielt den 1773 erhaltenen Orden 5 Jahre, denn als der bairische Erbfolgekrieg 1778 ausbrach, fiel er bei dem Könige, weil er wegen körperlicher Hinfälligkeit um seinen Abschied dermaßen in Ungnade, daß er ihm alle seine Würden und Ehrenzeichen nahm. Stutterheim starb auf seinem Gute Mansfeld.

Verantwortl. Redakteur: J. V. Dr. jur. Paul Hörner in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Samuel Neumann** in Posen ist in Folge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin auf

den 13. Februar 1880,
Vormittags 10 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst im Amtsgerichtsgebäude am Sapiehaplatz, Zimmer Nr. 5, anberaumt.

Posen, den 20. Januar 1880.

Brunk,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts. Abtheilung IV.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Janikowo** unter Nr. 9 belegene, dem Eigenthümer **Stanislaus Slamerski**, jetzt dessen Erben und der **Marianna Slamerska** geborenen **Nowak** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 23 Hektaren 23 Aren 10 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 193 Mark 2 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 96 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangs-Vollstreckung im Wege der

nothwendigen Subhastation
am 19. März 1880,
Vormittags um 10 Uhr,

im Amtsgerichtsgebäude am Sapiehaplatze hier, Zimmer Nr. 5, versteigert werden.

Posen, den 19. Januar 1880.

Königl. Amts-Gericht.
Abtheilung IV.
Dr. **Traumann.**

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Adolph Lewy** zu **Krotoschin** wird heute am 9. Januar 1880, Nachmittags 7 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Moritz Prinz** hierselbst wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 9. Februar 1880 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 9. Februar 1880,
Vormittags 10 Uhr,

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 23. Februar 1880,
Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. Februar 1880 Anzeige zu machen.

Krotoschin, d. 9. Januar 1880.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung von Verpflegungs-Gegenständen, Fabrikations-Materialien 2c. für das hiesige

Arbeits- und Landarmenhaus

im Jahre 1880 | 81 zu den muthmaßlichen Bedarfssummen von:

Gruppe I. 110,400 Kg. Roggenbrod,
" II. Nr. 1 10,700 Kg. Roggen-(Suppen-)Mehl,
Nr. 2 9000 Kg. Gerstenmehl,
Nr. 3 20,000 Kg. Roggenkleie,
" III. Nr. 1 2500 Kg. ordinäre Graupe,
Nr. 2 150 Kg. feine Graupe,
Nr. 3 1000 Kg. Hirse,
" IV. Nr. 1 4800 Kg. weiße Bohnen,
Nr. 2 8700 Kg. Kocherbsen,
Nr. 3 3800 Kg. Linsen,
Nr. 4 150 Kg. Hafergrütze,
Nr. 5 150 Kg. Buchweizengrütze,
Nr. 6 600 Kg. Gerstengrütze,
" V. 2300 Kg. Rindernierentalg,
" VI. 900 Kg. Schweineschmalz,
" VII. Nr. 1 5100 Kg. Rindfleisch,
Nr. 2 2100 Kg. Schweinefleisch,
" VIII. Nr. 1 1200 Kg. Reis,
Nr. 2 150 Kg. Fadennudeln,
Nr. 3 5400 Kg. Salz,
Nr. 4 50 Kg. Kümmel,
Nr. 5 50 Kg. Pfeffer,
Nr. 6 850 Kg. Zuckersyrup,
Nr. 7 1200 L. Essigsprit,
Nr. 8 1700 L. einfaches Braunbier,
Nr. 9 50 Ries Strohpapier,
Nr. 10 2300 Kg. Elainseife,
Nr. 11 50 Kg. Talgseife,
Nr. 12 1400 Kg. Soda,
Nr. 13 300 Kg. Fischthran,
Nr. 14 100 Kg. Schuhschmiertalg,
Nr. 15 200 Kg. Schuhwichse,
" IX. Nr. 1 3800 Kg. Petroleum,
Nr. 2 900 Kg. Rüböl,
" X. Nr. 1 1800 m. rohe Leinwand, 83 cm. breit,
Nr. 2 2500 m. weiße Leinwand, 83 cm. breit,
Nr. 3 1000 m. rohen Drell, 83 cm. breit,
Nr. 4 1400 m. rohen Drell, 100 cm. breit,
Nr. 5 150 m. Handtuchdrell, 42 cm. breit,
Nr. 6 2100 m. Beiderwand, 83 cm. breit,
Nr. 7 250 m. Halstuchzeug, 83 cm. breit,
Nr. 8 750 m. Schnupftuchzeug, 67 cm. breit,
Nr. 9 10 m. Flanell, 133 cm. breit,
Nr. 10 2000 m. Hemdenkallikot, 83 cm. breit,
Nr. 11 250 m. Barchent, 83 cm. breit,
Nr. 12 100 m. blaugestreiften Drell, 83 cm. breit,
Gruppe X. Nr. 13 3800 m. Bettbezügenzeug 83 cm. breit,
Gruppe XI. 1800 m. graues Tuch, 133 cm. breit,
" XII. Nr. 1 250 Kg. wollenes Strumpfgarn
Nr. 2 200 Kg. baumwollenes Strumpfgarn,
" XIII. Nr. 1 600 Kg. Mastricht Sohlleder,
Nr. 2 200 Kg. Brandsohlleder,
Nr. 3 300 Kg. Fahlleder,
" XIV. Nr. 1 100 Stück Couverts zu Geldbriefen,
Nr. 2 6 Ries Briefpapier,
Nr. 3 2 Ries Kanzleipapier, groß Format,
Nr. 4 12 Ries Kanzleipapier, klein Format,
Nr. 5 2 Ries Conceptpapier, groß Format,
Nr. 6 20 Ries Conceptpapier, klein Format,
Nr. 7 1 Ries weiße Aktendeckel,
Nr. 8 1 Ries rothes Aktenrückenpapier,
Nr. 9 10 Buch grünes Aktenrückenpapier,
Nr. 10 1 Ries blaue Aktendeckel,
Nr. 11 3 Ries Packpapier,
Nr. 12 6 Buch Löschpapier,
Nr. 13 12 Große Stahlfedern,
Nr. 14 4 Flacon rothe Dinte,
Nr. 15 6 Dutzend Bleistifte,
Nr. 16 3 Dutzend Blau- und Rothstifte,
Nr. 17 2 Kg. rothen Siegellack,
Nr. 18 26 Stück Federhalter,
Nr. 19 24 Stück Heftnadeln,
Nr. 20 12 Stück Gummi elasticum,

soll im Submissions-Verfahren an den Mindestfordernden vergeben werden.

Die Bedingungen liegen in unserem Bureau zur Einsicht aus und werden auch gegen Copialien auf Verlangen abschriftlich mitgetheilt.

Proben nach auswärts können nicht abgegeben werden.

Die versiegelten Submissions-Offerten sind spätestens drei Tage vor dem Submissionstermine, mithin bis zum

16. Februar cr.,

an uns einzureichen.

Jede Offerte muß dreimal versiegelt sein und auf der Adresse den Vermerk enthalten:

„Submission für Verpflegungs- p. p. Gegenstände des Arbeits- und Landarmenhauses zu **Kosten** pro 1880 | 81.“

Am 19. Februar cr.,
Vormittags 10½ Uhr,

findet in unserem Sessions-Saale die Eröffnung der eingegangenen Offerten in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten statt.

Nachgebote werden nicht angenommen.

Kosten, den 14. Januar 1880.

Direktion des Arbeits- u. Landarmenhauses.

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 15. d. M. ist zu den besonderen Bestimmungen und dem Heft 2 des Preußisch-Sächsischen Verbandtarifs je ein vierter Nachtrag, enthaltend Ergänzungen und Berichtigungen des Haupttarifs, sowie direkte Tarifsätze für die Stationen Kobelnitz der Oberschlesischen Eisenbahn, Lengenfeld der Königlich Sächsischen Staatsbahn und Hohenbocka der Oberlausitzer bezw. Berlin—Görlitzer Bahn, in Kraft getreten.

Exemplare der Nachträge sind auf den Verbandstationen käuflich zu haben.

Breslau, den 17. Januar 1880.

Königliche Direktion.

Bekanntmachung.

Die bei dem hiesigen Amtsgericht auf die Führung der Handels- und Genossenschaftsregister sich beziehenden Geschäfte werden für das Jahr 1880 durch den Amtsgerichtsrath **v. Zawadzki** unter Mitwirkung des Sekretär **Pauten** bearbeitet werden.

Kosten, den 14. Januar 1880.

Königl. Amtsgericht.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß

1. der Monteur **Florian Klimanek**, wohnhaft zu Lodz in Russisch-Polen, Sohn des Gastwirths **Andreas Klimanek** und dessen Ehefrau **Josepha** geborenen **Zygmund** zu Vorbringen, Kreis Rybnik, wohnhaft,
2. und die **Helene Kaminska**, wohnhaft zu Opalenitza, Tochter des Orgelbauers **Konstantin Kaminski** und dessen Ehefrau **Marianna** geborenen **Maciejewska** zu Opalenitza

die Ehe mit einander eingehen wollen.

Dem unterzeichneten Standesbeamten ist ein Hinderniß dieser Ehe nicht bekannt. Etwaige auf Ehehindernisse sich stützende Einsprachen sind binnen zweier Wochen bei dem unterzeichneten Standesbeamten anzubringen.

Opalenitza, am 19. Januar 1880.

Der Standesbeamte.
Niestrawski.

Kleie-Versteigerung.

Freitag, den 23. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden im Magazin I eine Quantität Roggen-Kleie, Fußmehl und Spreu öffentlich gegen gleich baare Bezahlung versteigert.

Posen, den 19. Januar 1880.

Königliches Proviant-Amt.

Auktion.

Donnerstag, den 22. Januar 1880 werde ich im Pfandlokale der Gerichtsvollzieher 1 grün mattirten Spiegel, 1 Mahagoni-Wäschespind, 1 ovalen Tisch und einige polnische und deutsche Gebetbücher in Prachteinbänden meistbietend gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigern.

Blümel,
Gerichtsvollzieher.

Ein in der Stadt **Schocken** belegener Grundbesitz, bestehend aus 11 Morgen, 63 Quadrat-Ruthen Wiesen- und Gartenland ist **sofort** zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt **Ludwig,** Schützenstraße 13.

Monats-Uebersicht

vom 31. Dezember 1879
(gemäß Art. 34 alin. 2 des Statuts).

a. Erworbene unkündbare hypothekarische u. Rentenforderungen	M. 95,054,186.	32 Pf.
b. Erworbene kündbare hypothekarische Forderungen . . .	" 3,068,700.	— "
c. Ausgegebene unkündbare Pfandbriefe	" 94,722,000.	— "
d. Ausgegebene kündbare Pfandbriefe	" 1,839,700.	— "

Gotha, den 31. Dezember 1879.

Deutsche Grund-Credit-Bank.
von Holtzendorff. Landsky. R. Frieboes.

Vorschuß-Verein zu Xions E. G.

Bilance:

Aktiva:			Passiva:		
1) Kassenbestand	M.	88.12.	1) Guthaben der Mitglieder	M.	4,225.71.
2) Gegen Wechsel ausstehende Forderungen	=	10,743.—.	2) Reserve-Fonds	=	681.33.
			3) Aufgenommene Darlehne	=	5,512.02.
			4) Reingewinn pro 1879	=	412.06.
Summa	M.	10,831.12.	Summa	M.	10,831.12.

Zahl der Mitglieder ult. 1879: 66.

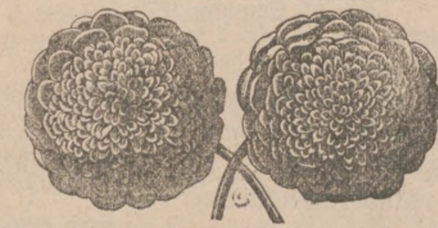
Xions, den 19. Januar 1880.

Der Vorstand des Vorschuß-Vereins.
Dr. Kühn. J. Bernstein. M. Kunz.

	Für je 3 Mark excl. Glas	
Engl. Porter,	9	Flaschen
Pilsener Tafelbier,	12	do.
Culmbacher Exp.,	16	do.
Nürnberger Exp.,	16	do.
Königsberger,	20	do.
Dresd. Waldschlößchen,	20	do.
Malz-Extrakt-Bier,	20	do.
Tivoli,	24	do.
Lagerbier,	33	do.
Grätzer Bier 2c.	33	do.

empfiehlt
Friedr. Dieckmann,
Alter Markt und Breslauerstr.-Ecke.

Einzelverkauf obiger Biere in Flaschen in meinem Geschäftslokal.



Xeranthemum annuum superbissimum fl. albo (H. & S.)
(Neuheit für 1880 à Portion von 25 Samen 60 Pf.)

Die Versendung **unserer neuen Kataloge für 1880** über **Samen und Pflanzen** an unsere regelmäßige Kundschaft ist erfolgt und bitten wir, uns von etwaigem **Nichtempfang** ungesäumt Mittheilung zu machen. Die Kataloge werden gegen Einsendung von 80 Pf. in Briefmarken (Samenkatalog 50 Pf., Pflanzenkatalog 30 Pf.) franco von uns versendet und kommt dieser Betrag bei darauf folgender Bestellung in Abrechnung,

Erfurt, 11. Januar 1880.
Haage & Schmidt, Samenhandlung, Kunst- u. Handelsgärtnerei.

Spitzwegerich-
Brust-Bonbons

zur Heilung von Lungen- und Brustleiden, Husten, Keuchhusten, Heiserkeit und Bronchial-Verschleimung.



Die unschätzbare Pflanze, welche die Natur zum Wohle und Heile der leidenden Menschheit hervorbringt, schließt das bis heute unaufgeklärte Geheimniß in sich, der entzündeten Schleimhaut des Kehlkopfes und des Luftröhrensystems ebenso schnell als wirksam Linderung zu geben und dadurch die Heilung der betreffenden erkrankten Organe möglichst rasch zu befördern. Da wir bei unserem Fabrikate für reine Mischung von Zucker und Spitzwegerich garantiren, bitten wir um besondere Beachtung unserer behördlich registrirten Schutzmarke und Unterschrift am Karton, da nur dann dasselbe echt ist. *Victor Schmidt & Söhne*

Victor Schmidt & Söhne,
k. k. landesb. Fabrikanten, Wien, Wieden, Alleegasse 48.

Nur echt zu haben bei Apotheker Herrn **Dr. Wachsmann** (Elsner'sche Apotheke) in Posen.

General-Depot für das nördliche Deutschland bei **C. Berndt & Co., Leipzig.**

Das Im- und Export-Geschäft
von **A. K. Reiche & Co.,** Hamburg
versendet hochfeine Apfelsinen 2c. und zwar:

Apfelsinen	Ia. per Kiste enth.	200 Stück	M.	9,00 bis 11,00.
	Ia. „ „ „	100 „	„	5,00 bis 6,00.
Citronen	Ia. „ „ „	c. 320 „	„	12,50 bis 14,00.
	Ia. „ „ „	c. 160 „	„	6,50 bis 7,50.

Mandarinen in beliebigen Packungen per 50 Stück M. 2,75—3,00.
Apfelsinen in kleinern Packungen pr. 25 Stück M. 1,50—1,80.
Citronen „ „ „ per 25 Stück M. 1,20—1,50.

Gesucht tüchtige Agenten gegen gute Provision.



Freitag den 23. Januar
bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmelkender
Netzbrücher Kühe nebst den Kälbern
in **Keilers Hotel** zum Verkauf.
J. Klakow, Viehlieferant.

Versteigerung-Uebernahme.
Waaren jeder Art, sowie herrschaftliche und einfache Einrichtungen, Nachläße, lebende und todte Inventarien übernimmt **unter bekannt soliden Bedingungen** und unter Diskretion
der Königliche Aukt.-Kommissarius
G. Hausfelder
in **Breslau** (Schlesien), **Zwingerstraße 24.**

Eine Windmühle
wird zu pachten gesucht. Briefe postlag. T. S. 1880 Posen.

Ein im besten Gange befindliches
Hut-Geschäft,
beste Lage, ist mit 500 Thlr. Anzahlung sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt A. Leopold, Bromberg.

---

110 Stück Fetthammel stehen zum Verkauf Neuvorwerk bei Obornik.
B. Freudenthal.

Auf Dom. Bachwitz bei Mrotschen stehen
34 gemästete Ochsen,
meist Rinder, zum Verkauf.

Ein gut erhaltener polisander Stutzflügel mit vollen Octaven, gutem Ton, ist für 225 M. zu verkaufen **Jerzyce Nr. 3.**

Patent-Schraubenschlittschuhe und Halifax
für Herren und Damen sind wieder in allen Größen zu billigsten Preisen vorräthig bei
C. Preiss,
Markt 7.

Pfannkuchen,
das Dutzend 1 Mark, täglich dreimal frisch — auf besondere Bestellung auch kleinere — sowie die feinsten Thee-, Kaffee- und Dessertkuchen empfiehlt die Konditorei
A. Pfitzner
am Markte.

Rein garantirte
Rhein-, Mosel-, Bordeaux-Weine
von M. 1 an pr. Flasche offerirt
Adolf Krayn, Köln a. Rhein.

Frische grüne
Rapskuchen
offerirt billigst
Ludwig Auerbach,
Breitestraße 12.

200 Ctr. gerichtete Floßnägel von 5—12 Zoll Länge hat billig zu verkaufen.
Heinrich Gross
in **Landsberg a./W.**

50 Mille
blaue Klinker werden zu kaufen gesucht. **Preis u. Probe** erbeten.
C. Francke,
Posen, Halbdorfstraße 22.

Kieferne Mittelschwellen
suchen fr. Cüstrin zu kaufen.
W. Schönberg & Becker,
Guben.

Es wird eine **gut erhaltene, billige** und **alte**
Violine
zu kaufen gesucht. Gefl. Off. mit Angabe des Preises sub V. postl. Posen erb.

Hôtel-Verlegung.
In meinem seit dem 1. April v. J. bezogenen
Stahn's Hôtel,
Ecke der Horn- und Machatiusstr., sind jetzt sämmtliche Zimmer der Neuzeit entsprechend eingerichtet, und erlaube mir alle Freunde und Gönner ergebenst darauf aufmerksam zu machen.

Hôtelwagen mit Firma zu jedem Bahnzuge.

Gnesen, den 20. Januar 1880.
A. Stahn,
früher Hôtel de l'Europe.

Dom. Chludowo sucht per sofort einen **Milchpächter** für Posen.

Damen erhalten über discrete Angeleg. u. Angabe richtig. Adr. schriftl. Rath u. **O. P. 100** postl. Hauptpost **Breslau.**

Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheiten, Schwächezustände, (Pollut. Impot.) heilt mit sich. Erfolge, auch brieflich Dr. **Holzmann,** Berlinerstr. 16, part

Syphilis, Geschlechts-, Haut-, Frauenleiden, Pollut. u. Impotenz heilt briefl. ohne Berufsstörung gründl. u. schnell Dr. med. **Zilz,** Berlin, Prinzenstr. 34.

Zu einem anständig möblirten Zimmer wird ein Stubenkollege ges. Näheres zu erfragen Mühlenstr. 36 im Keller.

Breitestr. 1 ist zweiten Stock eine Wohnung ganz oder getheilt, zu vermiethen.

E. j. Mädch. find. fr. Wohn. mit od. ohne Kost. Wo? i. d. Exp. d. Bl.

4 Zimmer und Küche Markt 8 vom 1. April zu vermiethen.

Ein **Laden** mit angrenzendem Zimmer ist **Friedrichsstraße Nr. 28** sofort oder zum 1. April zu vermiethen.

Grünstraße Nr. 1 ist eine herrschaftliche Wohnung zu vermiethen.

Martinstraße 18 ist versetzungshalber die halbe 1. Etage — 6 Stuben nebst einger. Badestube und sonstigem Zubehör — zum 1. April cr. zu vermiethen.

Stellensuchende aller Branchen werden jederzeit **placirt** und **kostenfrei nachgewiesen** d. das **Bureau de Placement, Berlin W., Buelowstraße 77. Etablirt 1871.**

Ein verheiratheter **Wirthschafts-Beamter** ohne Familie sucht von sogleich oder später Stellung.
Gef. Offerten unter **P. W. 20** postlagernd **Wongrowitz** erbeten.

Wien.
20 Erzieherinnen, tüchtig in fremden Sprachen und musikalisch, **5 israelitische Erzieherinnen** werden für Wien, Ungarn, Mähren, Galizien, Rumänien und Italien gesucht. Bei Anmeldung erbittet man Zeugnisse und Photographie einzusenden. Billige und angenehme Pension im Hause der Schulagentur für stellesuchende Erzieherinnen.
Internationale Schul-Agentur der Frau
Julie Beck in Wien,
8, Stephansplatz.

Ein Lehrling
findet günstiges Unterkommen bei
Michaelis & Kantorowicz.

Eine geübte Damenschneiderin sucht Beschäftigung außer dem Hause.
Anfragen Thorstr. Nr. 17, 2 Treppen, bei **Osinski.**

Praktischerfahrene Wirthschafterinnen, sowie eine sehr gut empfohlene Kinderfrau zum sofortigen Antritt, weist nach
Frau **Caarth,** Wilhelmsstr. 20.

1 tüchtiger Buchhalter, welcher der Correspondenz in polnischer Sprache vollständig mächtig ist, wird gesucht.
Schriftliche Offerten mit Angabe des bisherigen Wirkungskreises sind zu richten an
Siegfried Warschauer,
Wilhelmsplatz 10.

Einen unverheiratheten, nüchternen, fleißigen, polnisch sprechenden
Wirthschafts-Beamten
sucht zum sofortigen Antritt.
Fürnrohr-Konikowo,
bei **Gnesen.**

Ein mit d. Cigarrenbranche vertrauter junger Commis, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, kann bei gutem Salair sofort plazirt werden. Näheres durch die Kommission für Stellenvermittelung des Kaufmännischen Vereins.
J. A.
J. Ruschke, Posener Zeitung.

Eine tüchtige Hotel-Köchin sucht sofortige Stellung. Offerten **A. Sz. 100** postlag. Posen erbeten.

Ein gebildetes
Wirthschafts-Fräulein
in gesetztem Alter, die in allen Zweigen der Wirthschaft erfahren ist, wird zum 1. April 1880 von
Frau **von Treskow**
in **Owinsk** bei Posen
gesucht.

Ein in allen Zweigen der Verwaltung durchaus eingearbeiteter
Büreaugehülfe,
gut empfohlen, beider Landessprachen mächtig, der Reserve des Garde-Corps angehörig, sucht vom 15. Februar 1880 Stellung. Offert. unter X. I. i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein Lehrling
wird für ein Kolonialwaaren en gros- & en detail-Geschäft per sofort gesucht. Hiesige Knaben, welche die Mittelschule besuchten, werden bevorzugt Offerten wolle man gefl. unter R. 39 postlagernd befördern.

Eine **Engländerin** sucht zum 1. April Stellung.
Miss Seratohlez,
Wilhelmsplatz 17, **Posen.**

E. j. geb. Mädchen aus anständiger Familie, und Zeug. besitzt, sucht eine Stelle zur Stütze d. Hausfr. bald oder vom 1. April d. J. Gefl. Offerten bitte an die Exp. d. Pos. Ztg. unter M. B. niederzulegen.

Ein ev. geprüfte
Erzieherin,
in ges. Jahren, mus., mit besch. Ansprüchen, wird für 2 Mädchen von 8 u. 10 Jahren vom 1. April cr. in eine stille Häuslichkeit auf's Land gesucht. Zeugnisse und Gehalts-Ansprüche in der Exp. der Pos. Ztg. unter R. W. erbeten.

Ein gut empfohlener
Wirthschaftsschreiber
wird auf dem **Dom. Owieczki** bei Gnesen zum sofortigen Antritt zu engagiren gewünscht. Vorstellung daselbst. Reisekosten nicht erstattet.

Ein tüchtiger **Schmied,** noch in Stellung und im Besitz guter Zeugnisse, 35 Jahr alt, wünscht zum 1. April d. J. andere Stellung.
M. Sobkowiak, Schmiedemeister
in **Bendlewo** bei Stenschewo.

Einen unverheiratheten, nüchternen, fleißigen, polnisch sprechenden zweiten
Wirthschaftsbeamten
sucht zum 1. April 1880 bei einem Gehalt von 180 Mark und freier Station
Dominium Sielec bei Amsee.

Ein Hofbeamter
in gesetzten Jahren, mit guten Zeugnissen und aus guter Familie findet bald oder zum 1. April 1880 Stellung auf Dom. Owinsk.

Ein verh., in seinem Fache durchaus erfahrener Gärtner, milit., mit sehr guten Zeugnissen, sucht zum 1. März oder 1. April Stellung. Auf Verlangen persönliche Vorstellung.
Gefl. Offerten an Gärtner **Kutz,** Miroslaw, p. Usch.

Ein erfahrener **Schäfer,** noch in Stellung, kautionsfähig, mit guten Zeugnissen, wünscht vom 1. Juli d. J. anderweitige Stellung.
Konin bei Pinne, d. 14. Jan. 1880.
Blaske, Schäfer.

Die Gärtnerstelle **N. S.** ist bereits besetzt.

Familien-Nachrichten.

Meine Verlobung mit Fräulein
Amélie Zinkeisen,
Tochter des verstorbenen Professors Zinkeisen zu Berlin, beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Posen, den 17. Jan. 1880.
H. Bauer,
Chefredakteur der „Posener Zeitung."

Verspätet p. p. p.
Am 13. d. M. starb früh 2½ Uhr nach fünftägigem schweren Leiden meine inniggeliebte Frau
Ida Mahncke, geb. Schlieper.
Wer die Entschlafene gekannt, wird meinen Schmerz ermessen können. Der Herr im Himmel wird richten.
Statt jeder besonderen Anzeige diese traurige Nachricht allen Freunden und Bekannten.
Nakel, den 19. Januar 1880.
Max Mahncke.

Am 20. d. M. starb plötzlich unser liebes Töchterchen **Ella** im Alter von 1 J. 3 M.
F. Hartung und Frau.

Verspätet.
Am 17. d. M. starb plötzlich unser innigstgeliebter Gatte, Vater und Großvater, der Rentier
Lippmann Schlimmer,
was wir tiefbetrübt hierdurch anzeigen.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Obersitzko, den 19. Jan. 1880.

Posen, den 20. Januar 1880.
Durch einen plötzlichen Tod ist gestern der frühere Kaufmann,
Herr Julian Gintrowicz
aus diesem Leben geschieden.
Wir ehren das Andenken dieses Mitbürgers, welcher sich seit vielen Jahren durch reges Bemühen als Mitglied der städtischen Armendeputation um unsere Stadt verdient gemacht hat.
Der Magistrat.

Am 18. Januar c. verstarb nach langem, schwerem Leiden in Krobia bei Pr. Leibitsch unser Mitglied, der Assecuranz-Inspektor und Lieutenant der Reserve
Herr Herrmann Sachs.
Sein biederer und offener Charakter sichern ihm bei uns und Allen, die ihn gekannt, ein ehrenvolles Andenken für alle Zeiten.
Der Vorstand
des Kaufmännischen Vereins
zu Posen.

Generalversammlung
des Vorschuß-Vereins zu
Obersitzko
eingetragene Genossenschaft
Montag, den 2. Febr. 1880
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Wahl von 3 Mitgliedern des Aufsichtsrathes.

Der Vorsitzende
des Aufsichtsrathes.
Richter.

Naturwissenschaftlicher Verein.
Donnerstag den 22. d. Mts., Abends 8 Uhr,
in der Aula der Realschule:
Oeffentlicher Vortrag des Herrn
Oberlehrer Dr. Kretschmer:
Ueber Gesichtswahrnehmungen.
Billete à 50 Pf. in der Rehfeld-schen Buchhandlung.

Heute Eisbeine.
F. W. Mewes.

Violin- und Cello-Institut.
Mühlenstr. 30, III.
Aufnahme von Schülern in alle Klassen sowie **Klavierschüler zum einzelnen Unterricht** nimmt an
Ernst Fritsche,
Kapellmeister.

Stadttheater.
Mittwoch, den 21. Januar 1880.
15. Vorstellung im 4. Abonnement.
Gastspiel des Hrn. Dr. Hugo Müller.
Montjoye.
Pariser Lebensbild in 5 Akten nach dem Französischen von A. Bahn.
Donnerstag, den 22. Januar 1880.
Der Waffenschmied von Worms.
Komische Oper in 3 Akten von A. Lortzing.

B. Heilbronn's
Volksgarten-Theater.
Mittwoch, den 21. Januar cr.:
Gustav Adolf in München.
Dramatisches Gemälde in 5 Akten und 1 Vorspiel.
Donnerstag, den 22. Januar cr.:
Benefiz für den Komiker u. Regisseur
A. Thiede.
Mac Mahon in Berlin.
Die Direktion. **B. Heilbronn.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobt. Frl. Gertrud Meyer mit dem Hof-Opernsänger Hermann Wachenhusen. Frl. Selma Nitzsche mit dem königl. prinzl. Förster Berthold von Rauchhaupt — sömmtlich in Berlin. Frl. Marie Kunsemüller mit dem Pastor Hermann Leuscher in Wehdem. Frl. Amalie v. Hagens mit Lieut. Paul v. Francken-Welz in Düsseldorf. Freiin Luise v. Löwenstern mit Kapitän-Lieuten. Frhr. v. Erhardt in Kiel. Fräul. Betty Keferstein in Wiesa mit Dr. med. Th. Kloz in Greifenberg.
Geboren: Ein Sohn den Herren: Alfred Gartz in Berlin. Pastor Grießdorf in Steudnitz. — Eine Tochter den Herren: Oskar Falbe in Berlin. Max Brimm in Berlin.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.